

ZEITGENOSSIN

Wessen Morgen ist der Morgen?



PROTESTE, DIE BEWEGEN

REVOLUTION IM IRAN

Interview zu den Protesten im Iran und westlicher Solidarität. S.16

FEMINISTISCHER STREIK

Eine Kontextualisierung transnationaler feministischer Kämpfe. S. 26

LÜTZERATH

Profitinteressen und Klimaziele. S. 24

INKLUSIVER PROTEST

Wie er gelingen kann. S. 30



Veränderung liegt in unserer Natur

GoGreen-Studentenkonto

Hol dir jetzt unser GoGreen-Studentenkonto mit kostenloser Kontoführung und tu auch der Umwelt etwas Gutes. Für jeden Euro auf dem Konto investieren wir einen Euro in umweltfreundliche Projekte. Deshalb wurde das GoGreen-Studentenkonto auch mit dem Österreichischen Umweltzeichen ausgezeichnet.

studenten.bankaustria.at



Bank Austria
Member of **UniCredit**

Die Führung von Studentenkonten ist vorgesehen für Studierende bis zum vollendeten 30. Lebensjahr. Für Berufsanwärter:innen/Lehrlinge max. für die Dauer der Ausbildung von 3 Jahren. Studentenkonten, deren Inhaber:innen das 30. Lebensjahr vollendet haben, werden automatisch auf ein Online-Konto umgestellt. Das Österreichische Umweltzeichen wurde vom Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Infrastruktur und Technologie (BMK) für das "GoGreen-Studentenkonto" verliehen, weil bei den mittels dieser Giroeinlagen finanzierten Projekten neben wirtschaftlichen auch ökologische und soziale Kriterien beachtet werden. Das Umweltzeichen gewährleistet, dass diese Kriterien und deren Umsetzung geeignet sind, entsprechende Projekte auszuwählen. Dies wurde von unabhängiger Stelle geprüft. Die Auszeichnung mit dem Umweltzeichen stellt keine ökonomische Bewertung dar und lässt keine Rückschlüsse auf die künftige Wertentwicklung des Finanzprodukts zu. Diese Marketingmitteilung wurde von der UniCredit Bank Austria AG, Rothschildplatz 1, 1020 Wien, erstellt. Stand: Dezember 2022

EDITORIAL

Liebe Leser:innen,

der Winter ist beinahe überstanden, doch das neue Jahr verspricht keine ruhigeren Zeiten. Während einige Menschen resignieren oder ihre Machtlosigkeit durch den Glauben an Verschwörungsmethoden kompensieren, erkennen andere ihre Handlungsmacht und gehen auf die Straße.

Die Klimaproteste radikalieren sich, doch vonseiten der Politik sind weiterhin keine tiefgreifenden Veränderungen zu beobachten. Anstatt Maßnahmen zur Einhaltung vereinbarter Klimaziele zu setzen, stehen weiterhin Profitinteressen im Vordergrund. Das über mehrere Jahre hinweg von Aktivist:innen besetzte Dorf Lützerath wurde im Dezember gewaltvoll von der deutschen Polizei geräumt und wenig später abgerissen, um Platz für einen Braunkohle-Tagebau zu machen. Die Besetzung der Uni Wien im Dezember bedurfte keiner gewaltvollen Räumung – es genügte, mitten in der winterlichen Energiekrise die Heizungen des größten Hörsaals am Campus abzudrehen und stattdessen die Klimaanlage einzuschalten. So einfach gelang es dem Rektorat, Studierende zu verscheuchen, die wochenlang versuchten, Aufmerksamkeit für eine notwendige Veränderung der Klimapolitik und die katastrophale Bildungspolitik zu schaffen.

Dass Österreich mit seiner faschistischen Vergangenheit nicht immer gut umzugehen weiß, ist keine Neuigkeit. Es fehlt ein antifaschistisches Bewusstsein oder eine klar antifaschistische Erinnerungspolitik. Das versuchen Aktivist:innen vom Bündnis 12. Februar zu verändern. Zum zweiten Mal in der Geschichte der Zweiten Republik gab es eine organisierte Demonstration, um des einzigen bewaffneten Widerstands gegen den Faschismus in

Österreich zu gedenken. In einem Interview mit zwei Vertreter:innen des Bündnisses erfahrt ihr, warum der Austrofaschismus immer noch ein Tabuthema darstellt und wieso es wichtig wäre, den 12. Februar zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.

Kämpferisch geht es auch diesen Monat weiter: Am 8. März ist feministischer Kampftag. Auf der ganzen Welt gibt es aber nicht nur an diesem Tag feministische Streiks und Proteste. In dieser Ausgabe erfahrt ihr mehr über die transnationale feministische Bewegung und ihre Geschichte.

Viele sprechen aktuell von einer feministischen Revolution, die im Iran stattfindet. Über dieses Thema könnt ihr in einem Interview mit einem Wiener Iran-Aktivist:in mehr erfahren. Darin geht es um verschiedene Protestformen im Iran, den Begriff der Revolution und westliche Solidarität.

Die vorliegende Ausgabe fokussiert auf aktuelle Proteste weltweit und möchte damit die Aufmerksamkeit von Problemen und Krisen hin zu sozialen Bewegungen und einzelnen Aktivist:innen lenken, die gegen katastrophale Umstände ankämpfen. Es handelt sich also um eine kämpferische Ausgabe, die Hoffnung geben soll. Die Umstände für Widerstand und Protest sind nie richtig. Gleichzeitig sind Protest und Widerstand die wichtigsten Instrumente einer Demokratie. Demonstrieren ist ein Grundrecht, von dem wir Gebrauch machen sollten, wenn wir Veränderung sehen wollen.

Eure *zeitgenossin*-Redaktion

Pürmayr *Neuch* *Shen*
Paulina *Reyer* *N. E. H. H.*
Mittlermayr *Mara*



Thomas Martin Mennetrier

INHALTSVERZEICHNIS

HOCHSCHULE

08 **KEINE ZEIT FÜR MASTERARBEITEN**
Betreuung der Masterarbeit: Studierende verzweifeln, das Uni-Personal geht in Arbeit unter. Edgar Subak

10 **„UNSER HÖRSAAL!“ – „ABER WOFÜR?“**
Stimmen über *Erde Brennt* – *Uni besetzen!* – ein Meinungsbild. Emma Heppner und Felix Leodolter

GESELLSCHAFT

14 **SCHMUTZ ALS PROTEST. ÜBER DAS HERVORKEHREN VON UNORDNUNG**
Care-Arbeit und Schmutz sind eng mit sozialen Ungerechtigkeiten verknüpft. Personen, die sich um Abfälle kümmern, werden unsichtbar gemacht. Lea Rizzi Ladinse

16 **„DIE MULLAHS WERDEN NICHT MIT ZUCKERWATTE VERTRIEBEN, DIE MULLAHS MÜSSEN MIT GEWALT VERTRIEBEN WERDEN.“**
Ein Interview mit Simon Shirzad über die Revolution im Iran und westliche Solidarität. Nadja Etinski

20 **AYOTZI VIVE – LA LUCHA SIGUE!**
Die Massenentführung von Iguala 2014 ist bis heute nicht aufgeklärt. Die Gewalttat muss auch im Kontext von Repression und Aufstandsbekämpfung gesehen werden. Dabei gibt es neue Entwicklungen. Marijan Schreckeis

20 **EINE LINKE FÜR DIE MARGINALISIERTEN KLASSEN IN ÖSTERREICH**
Aktivismus in Argentinien und Österreich: Ein Rollenvergleich von Aktivist*innen und marginalisierten Klassen. Juan Gerez

24 **LÜTZERATH – AN DER KANTE ZUM 1,5-GRAD-ZIEL**
Lützerath: Weggeräumt fürs Kohle-Scheffeln. Philo Kaufmann

26 **„WENN WIR STREIKEN, STEHT DIE WELT STILL“**
Was genau ist eigentlich der feministische Streik und was macht ihn aus? Alina Siemering

28 **MANCHMAL SIND ES DIE KLEINEN REVOLUTIONEN**
Warum es Revolutionen im Kleinen braucht – und warum sich ohne sie nichts ändern kann. Chris Empe

30 **ALLE SIND WILLKOMMEN – ABER MANCHE MEHR ALS ANDERE**
Die Stimme behinderter Menschen wird im Protest noch immer kaum gehört. Welche Maßnahmen braucht es für inklusiven Protest, und wie stehen die Chancen, dass dieser Realität wird? Felicia Steinger

32 **PROTEST LOHNT SICH**
Was zeichnet den Aktivismus gegen Femizide in Österreich aus? Leonie Pürmayr

34 **OHNE SOLIDARITÄT KEIN PROTEST**
Warum Prozessbeobachtung Support für politischen Protest ist, illustrieren wir am *Antifa-2020*-Prozess. prozess.report

36 **MUTTER, VATER, KIND – EIN LÄNGST ÜBERHOLTES KONZEPT?**
Wann wurde die Großfamilie zur Kleinfamilie, und was gilt eigentlich als ‚Familie‘? Warum wir veraltete Familienideale zurücklassen müssen, um eine solidarische Gesellschaft zu schaffen. Elu Kainz

38 **IST PROTEST SINNLICH?**
Ein Blick auf erfolgreiche Protestbewegungen der Geschichte. Konstantin Schinagl

40 **WAS DIE RECHTEN VON DEN LINKEN LERNEN**
Strategie und Inszenierung von rechtsextremen Protesten. Nina Gadermaier

42 **RECHT AUF DIE KREATIVE STADT?**
Commoning als Emanzipationspraxis aus dem Paradigma der Marktlogik der Kreativstadt. Emma Neuner

44 **GEDENKEN HEISST KÄMPFEN! WARUM DAS ERINNERN AN DIE FEBRUARKÄMPFE 1934 NOTWENDIG IST**
Ein Interview mit Kurt Lhotzky und Anna Rosenberg, zwei Vertreter*innen des Bündnisses *12. Februar*. Zoé Hübl

47 **COMIC**
Thomas Martin

50 Ausblick & Impressum



Philipp Kaufmann

KEINE ZEIT FÜR MASTERARBEITEN

Studierende der Politikwissenschaft suchen oft lang nach einer Betreuung für ihre Masterarbeit. Das Uni-Personal beklagt eine extreme Arbeitsbelastung. Ein neues Powi-Curriculum soll entschärfen.

Das Ende scheint mit der Masterarbeit nah. Die Sehnsucht nach einem Studienabschluss ist bei vielen Studierenden oft dementsprechend hoch. Lisa wollte im Wintersemester 2022/23 ihr Masterstudium der Politikwissenschaft abschließen. Sie wollte das Kapitel Studium hinter sich lassen und beruflich durchstarten. Es ist aber anders gekommen. „Ich habe insgesamt sieben Uni-Angestellte angefragt, bis ich endlich zu meiner Betreuung gekommen bin“, erzählt die 25-Jährige, die für den Master von München nach Wien gezogen ist. Drei Monate habe es gedauert, bis sie eine Betreuung festmachen konnte. „Ich habe immer Antworten bekommen und es waren auch nette Antworten, sie meinten, das Thema wäre spannend und relevant, aber sie hätten keine Kapazitäten, zu betreuen“, sagt sie über ihre Absagen. Oft wurde sie anderen weiterempfohlen, doch bald merkte sie, dass sie wieder zu Personen geschickt wurde, die davor bereits abgelehnt hatten. Kurz, sie drehte sich im Kreis.

Finanzielle Konsequenzen hat der verspätete Studienabschluss für sie unmittelbar nicht. Ihre Eltern können sie in diesem Endspurt noch finanzieren. Dennoch: Sie macht sich Sorgen über ihre Zukunft. In die Arbeitswelt starten mit einem noch laufenden Studi-

um? Das stresst sie und geht gegen den Strich einer ehrgeizigen Studentin, die bis zum Abschnitt der Masterarbeit ihre 30 ECTS-Punkte im Semester sammelte. Die zeitliche Verzerrung auf ihren letzten akademischen Metern wirkt deshalb nicht gerecht. Dennoch hat sie es auch trotz großer Enttäuschung über den Verlauf der Dinge besser erwischt als so manch andere Studierende. Sandras Bruder hatte zum Beispiel weniger Glück.

Sandra sitzt im KommZ, dem Besprechungsraum für Powi-Studierende im Neuen Institutsgebäude. Für ihren Master ist sie nach Wien gezogen. In Wirklichkeit heißt sie anders, sie möchte ihren Namen aber nicht in der Zeitung lesen. Nach ihrem Masterseminar erzählt sie von ihrem Bruder, der in einem studienprogrammatistischen Nirvana gelandet ist: Kein*e angefragte Uni-Angestellte



Margaretha Briski

antwortet auf seine Anfragen – und das seit dem Sommer 2022 und somit einem halben Jahr. Im Masterseminar konnte ihm die Professorin auch kein Feedback auf sein Konzept geben, weil das Thema außerhalb ihrer Expertise lag. Theoretisch ist niemand zu einer Betreuung verpflichtet, das macht es nicht gerade leichter für Studierende. Wegen der ausbleibenden Rückmeldungen und mit etwas Hoffnung auf ein Wunder verbrachte er das ganze Wintersemester mit dem Zuwarten – und musste über 700 Euro zahlen, weil er Drittstaatsangehöriger ist.

Vor demselben Schicksal fürchtet sich Sandra. Sie erzählt, dass sie die Vorstellung belastet, Absagen zu erhalten oder einem Schweigen des Uni-Personals gegenüber zu stehen. Es ist eine starke psychische Belastung, die zu Fantasien führt, das Studium einfach abzubrechen, um zumindest ein wenig mehr Sicherheit im Alltag zu haben, erklärt Sandra. Objektiv betrachtet ist es nicht nachvollziehbar, denn sie möchte über Populismus schreiben, vielleicht Reden analysieren. Kein politikwissenschaftliches Randthema also – und der Universität ein bekanntes Forschungsfeld.

Aber wie kommt es zu dieser Ernüchterung, zu diesen Sorgen unter Masterstudierenden?

Anfragen verteilen sich ungleich

Die regelmäßige Absolvent*innenbefragung zeigt, dass Studierende mit der Betreuung ihrer Masterarbeit sehr zufrieden sind. Laut Studienprogrammleitung liege das Problem daher weniger in der Betreuung selbst, sondern vielmehr in der Suche nach Betreuungspersonen, die zurzeit von Studierenden selbst initiiert werden muss. Hinzu kommt, dass bis vor kurzem der Pool an betreuungsbefugten Uni-Angestellten auf habilitiertes Personal beschränkt war. Seit dem letzten Studienjahr wurden die Bestimmungen gelockert, nun dürfen auch Postdocs (Universitätsassistent*innen) betreuen. Außerdem verteilen sich Betreuungsanfragen innerhalb des befugten Uni-Personals ungleich. Es gebe sehr beliebte und weniger beliebte Betreuer*innen. Zur Veranschaulichung: Eine bekannte Professorin kümmert sich um 20 Master- und Doktorarbeiten gleichzeitig, während ein anderer Professor zwei Masterarbeiten betreut.

„MA-Studierende sind sehr heterogen zusammengesetzt und manchen fehlt die entsprechende methodologische und politikwissenschaftliche Vorbildung, um eigenständig eine angemessene Fragestellung und ein entsprechendes Forschungskonzept entwickeln zu können“, erklärt der Studienprogrammleiter der Politikwissenschaft, Josef Melchior. Aber auch im Studienangebot findet er Defi-

zite: „Dafür bietet das Curriculum nur relativ wenig Unterstützung an. Wir haben deshalb in den letzten beiden Jahren extracurriculare Workshops angeboten, um Studierende dabei zu unterstützen.“

Publizieren, alles andere ist nebensächlich

Peter Biegelbauer, der vor gut dreißig Jahren seine Diplomarbeit am Institut für Politikwissenschaft geschrieben hat, findet, dass sich dieser organisatorisch schwierige Zustand seit seinem Abschluss kaum geändert habe. Er sieht zwei große Baustellen, die die Abwicklung von Masterarbeiten betreffen: die strukturelle Überlastung des Uni-Personals und die mangelnde Entlohnung für den Betreuungsaufwand. „Ich weiß nicht, was Betreuende jetzt bekommen, aber vor Covid hatten sie 130 Euro für eine Masterarbeit erhalten. Vielleicht ein Stundenlohn von 50 Cent. Absurd ist es schon“, sagt Biegelbauer, der in einer außeruniversitären Einrichtung forscht. Externe Lehrende, etwa Lektor*innen, bekommen kein Geld für die Betreuung einer Masterarbeit.

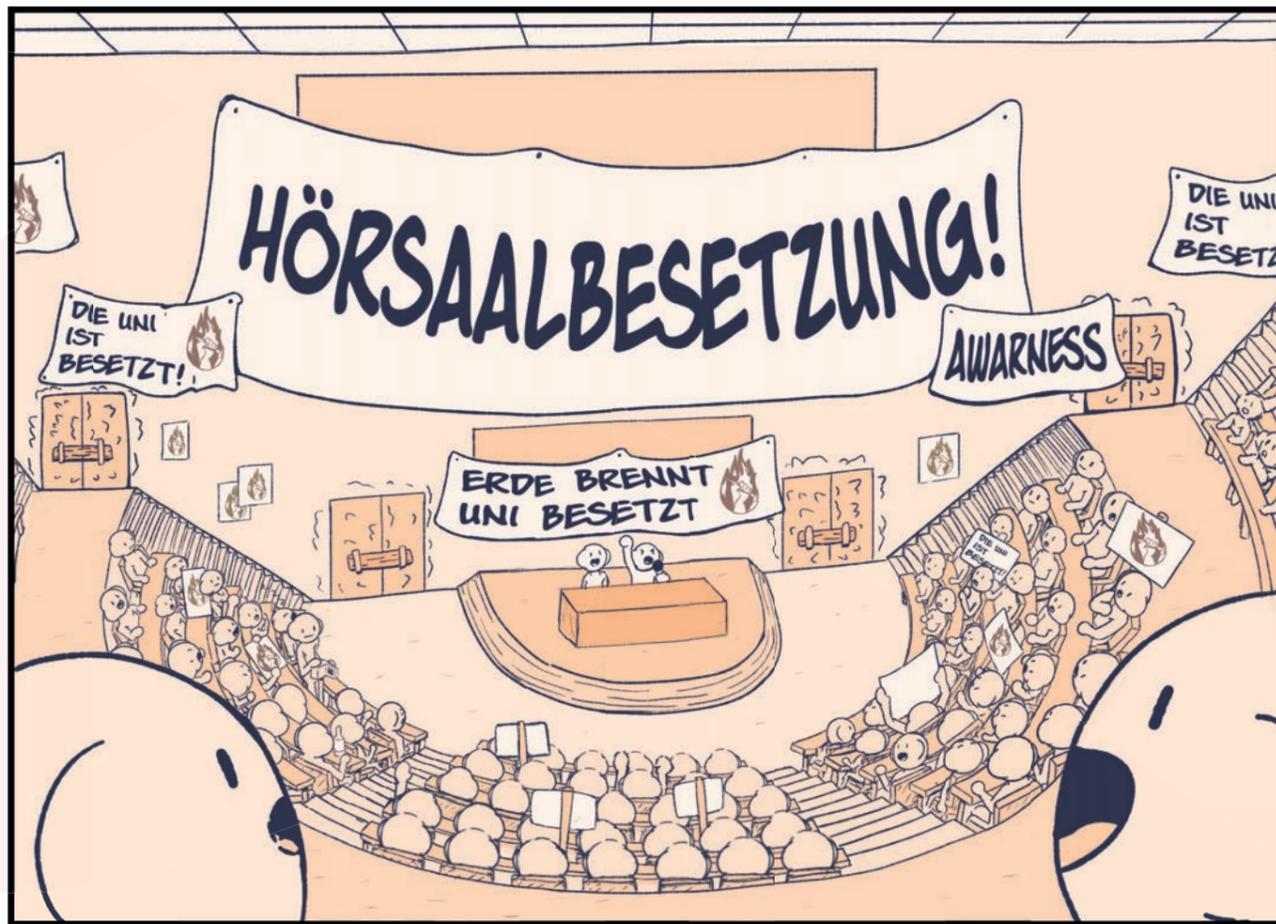
Wer in der Wissenschaft Karriere machen will, müsse publizieren, Drittmittel einwerben, alles andere sei nebensächlich. „Es gibt keine Verpflichtung der Lehrenden, dich zu übernehmen. Eine Verpflichtung wäre der falsche Weg, so sehr ich auch die studentische Seite verstehe“, sagt Biegelbauer, der auch an der Universität Wien lehrt. Seit dem Übergang vom Diplomstudium zum Bologna-System habe es jedoch auch strukturelle Änderungen gegeben, wie Josef Melchior betont: „Im Diplomstudium war der Verschulungsgrad geringer, aber wahrscheinlich auch die gegenseitigen Leistungserwartungen. Es hat in den letzten Jahren einen Generationenwechsel in der Hochschullehrer*innenschaft gegeben und die Wissenschaften haben sich weiterentwickelt, was zu einer Erhöhung des Leistungs- und Konkurrenzdrucks an den Universitäten geführt hat.“ Ein früher vielleicht akzeptiertes ‚laissez faire‘ und ein entspannteres, möglicherweise kollegialeres Miteinander sei einer starken Output-Orientierung gewichen, was auch die Studierenden zu spüren bekommen.

MA-Reform steht an

Wo bleibt da noch der Anreiz, Masterarbeiten zu betreuen? „Man rechnet damit, dass die Leute [Uni-Angestellte] für die Community etwas tun, damit es Nachwuchs gibt.“ Biegelbauer hält kurz inne und meint: „Das ist auch eine Form von Ausbeutung, wenn man die wahre Entlohnung heranzieht. Und vielleicht weil einen das Thema interessiert.“

Laut Studienprogrammleitung hat die Universität Wien mittlerweile eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um den Prozess des erfolgreichen Verfassens von Masterarbeiten besser zu unterstützen. Ergebnisse dieser Gruppe sollen in eine Reform des Curriculums einfließen. Konkret steht etwa schon fest, dass es strukturiertere Matchingprozesse zwischen Studierenden und Betreuungspersonen geben soll und dadurch die Verbindlichkeit im Betreuungsverhältnis gesteigert werden könnte. Die endgültige Masterreform soll im Oktober 2024 in Kraft treten.

Edgar Subak



„UNSER HÖRSAAL!“ „ABER WOFÜR?“

Gemeinsam Uni besetzt. Aber nicht zur Gänze kommuniziert? Ein fiktives Gespräch mit echten Argumenten zwischen Besetzer:in und Betroffenen.¹

„Erde brennt!“
„Unis besetzen!“
„Erde brennt!“
„Unis besetzen!“

Skandieren die Klimaaktivist:innen vor dem besetzten Hörsaal.

„Ja, leiwand, zwei Jahre coronabedingte Onlinelehre, dann freue ich mich, mein Studium endlich vor Ort genießen zu können, aber Klimaschützer:innen besetzen den Hörsaal, in dem ich alle meine Präsenzveranstaltungen besucht habe. Haben nicht gerade an den Universitäten und in der Wissenschaft Klimaschutz und Klimakatastrophe einen hohen Stellenwert? Wozu dann also genau den Ort einschränken, an dem das Wissen darüber nicht nur erforscht, sondern auch gelehrt und damit weitverbreitet wird?“, erzählt Sasha voller Frust, als sie an dem besetzten Hörsaal vorbeigeht.

Darauf antwortet Clara, die im Folgenden für die Besetzung argumentiert:

„Diese Bedenken verstehe ich natürlich, aber wir wollten mit dieser Aktion den Diskurs um die Klimakrise weiter nähren und eine Bühne dafür schaffen. Du hast natürlich recht, die Universität trägt einen beträchtlichen Teil zur Lösung vieler verschiedener, auch gesellschaftlicher Probleme bei. Aber auch hier, im universitären Betrieb und der Lehre haben wir unseren Forderungen zur Weiterentwicklung Nachdruck verleihen wollen.“

„Bestimmt haben die Universitäten auch eine Vorreiterrolle im gesellschaftlichen Diskurs um die Klimakrise, und müssen auch weiterentwickelt werden, aber haben nicht Proteste vor Konzernen wie der OMV oder Demonstrationen vor dem Parlament wesentlich mehr Wirkung? Die Universitäten würde man doch nicht zu den relevanten Klima-Blockierern zählen.“

„Ich kann dir in weiten Teilen zustimmen. Das ändert aber nichts daran, dass die Uni mehr tun kann und auch muss. Verpflichtende Kurse zur Klimakrise, um das Thema zu festigen, wären doch eine tolle Sache.“

„Das halte ich für überflüssig. Mir hängt das doch schon bei den Ohren heraus, in nahezu jeder Vorlesung meines Studiums wird die Klimakrise und die Thematik rundherum bearbeitet. Ich kann mir nicht vorstellen, wie sich eine solche Lehrveranstaltung inhaltlich von all den anderen Kursen unterscheiden soll. Neben der durchgehenden Medienpräsenz, Protesten und den Inhalten der Vorlesungen brauche ich nicht noch einen weiteren Fixpunkt, der Zukunftsängste schürt. An den Universitäten ist doch die vorherrschende Meinung, dass von einer Climate Crisis zu sprechen ist, bereits etabliert. Es ist schließlich die Wissenschaft, die seit Jahrzehnten überhört wird. Warum also ihren Betrieb stören?“

„Deine Sorgen um unsere Zukunft verstehe ich gut. Sie sollten uns aber nicht davon abbringen, die gesellschaftlichen Debatten weiter anzuheizen. Die Untätigkeit in der Politik und deren Konsequenzen sollten klar und unmissverständlich benannt werden. Dementsprechend müssen wir auch von unserer Seite aus deutlich machen, worum es uns geht, nämlich um das Weiterbestehen unserer Spezies, unserer Zukunft. Das wird nicht in allen Fachrichtungen gleichermaßen, wenn überhaupt, behandelt. Dabei könnte die Ausgestaltung der entsprechenden Curricula die Zusammenhänge der verschiedenen Krisen abbilden und damit fachspezifische Relationen aufzeigen.. Deshalb müssen wir die Direktionen unter Druck setzen, endlich die Lehrpläne an die vorherrschenden Krisen anzupassen. Um dies zu ermöglichen, fordern wir eine abgesicherte und steigende Finanzierung der Universitäten. Es müssen auch weiterhin innovative Denker:innen und Lehrende aufgenommen und ein Weiterkommen unserer Gesellschaft ermöglicht werden.“

„Ach so, ich dachte *Erde Brennt – Uni besetzen!* behandelt nur die Klimakrise und wie sich die Universität damit auseinandersetzt.“

„Nein, wir fordern weitaus mehr als nur Maßnahmen gegen die Klimakatastrophe. Wir befinden uns schließlich nicht nur in einer Klimakrise, sondern auch in einer Bildungs- und Sozialkrise. Um der Bildungskrise entgegenzuwirken, muss Bildung ausgebaut und gesichert werden, sonst kann nie eine Chancengleichheit im Bildungsbereich und an den Universitäten erreicht werden. Dies geht Hand in Hand mit der Sozialkrise – der immerweiter auseinander klaffenden Schere zwischen Arm und Reich – in der wir uns befinden. Aber unsere konkreter formulierten Forderungen zielen vor allem auf die Weiterentwicklung des universitären Umfelds ab.“

„Das war mir so gar nicht bewusst. Also wie ich Name, Logo und Plakate interpretiere, geht es vor allem um den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, aber wie das via Besetzung und Attacke auf die Universitäten erzielt werden soll, verstehe ich nicht.“

„In einer Zeit multipler Krisen, allen voran die Klimakrise, stehen wir für eine Verbesserung der Bedingungen für Student:innen ein. Wir fordern zum Beispiel mehr selbstverwaltete Räume für Studierende. Welche, die vor allem konsumfrei sind. Genau so einen Raum zum Leben, Lernen und Austauschen schaffen wir mit unserer Besetzung.“

„Das sehe ich anders. Mir scheint, für euch bietet das einen solchen Raum, für mich allerdings, im Übrigen auch für einige meiner Freund:innen, erscheint die Gruppe der Besetzer:innen und die gesamte Veranstaltung exklusiv. Bei meinem Besuch letzstens habe ich mich als Fremdkörper gefühlt.“

„Das ist schade. Wir sind alles andere als eine exklusive Veranstaltung. Jeder: ist herzlich dazu eingeladen, teilzunehmen. Unser Programm wird über Social Media² verbreitet und kann transparent und öffentlich eingesehen werden. Heute veranstalten wir zum Beispiel eine Pyjamaparty mit Spieleabend. Ich würde mich freuen, wenn du vorbeikommst.“

„Mir gefällt deine Darstellung. Der Austausch mit Studierenden ist wichtig, aber doch nicht das Einzige, was ein Studium ausmacht. Für mich ist die Präsenzlehre der wichtigste Aspekt des Student:innenlebens, welcher mir nun abermals genommen wird. Daher fühlt sich die Besetzung nicht wie eine Aktion FÜR mich an, sondern wie eine Aktion GEGEN mich.“

„Das verstehe ich. Uns ist der Wissensaustausch doch auch sehr wichtig. Deshalb veranstalten wir neben Vorträgen auch Lern-Sessions und Diskussionsrunden zu Themen, die in den Lehrveranstaltungen einfach zu kurz kommen. Außerdem besetzen wir den Hörsaal ja auch, weil uns die Qualität der Lehre so wichtig ist. Wir wollen auch auf die Probleme des Mittelbaus³ aufmerksam machen und zur Besserung beitragen.“

„Ja, ein paar Themen kommen im Lehrplan auch meiner Meinung nach zu kurz, aber was meinst du mit Mittelbau und wie hängt das mit der Qualität der Lehre zusammen?“

„Seit 2021 gilt eine gesetzliche Maximaldauer für Anstellungen wissenschaftlichen Personals an Universitäten, die acht Jahre beträgt. Nur in seltenen Fällen kommt es danach zur unbefristeten Anstellung, genau diese fordern wir aber massiv auszubauen. Denn die Einstellungspraxis der Universitäten hat zur Folge, dass qualifiziertes Personal gehen muss. Genau deshalb gehen wir bald zusammen mit Teilen des Mittelbaus demonstrieren. Da aber eine Demonstration alleine kaum etwas bewirkt, bleiben wir hier, im Hörsaal C, bis unseren Forderungen Taten folgen.“

„Ich wünsche euch viel Erfolg bei euren Forderungen und der Besetzung, hoffentlich kommen sie euren Forderungen bald nach, immerhin ist bald Weihnachten.“, verabschiedete sich Sasha von Clara und machte sich auf den Weg nach Hause zu ihrer Onlinevorlesung.

Emma Heppner und Felix Leodolter

¹ Mehrere Wochen war der Hörsaal C auf dem Alten AKH von Klimaaktivist:innen besetzt. Für diesen Text wurden nach Ende der Besetzung verschiedene Personen im und um das Gebäude zu dieser Thematik befragt. Aus diesen Gesprächen wurden die beiden fiktiven Personen Sasha und Clara geschaffen, welche im Folgenden eine Diskussion führen.

² Programm von *Erde brennt!*: bit.ly/3XrkKIO (alle Zugriffe am 02.02.2023).
³ UG-Novelle 2021: bit.ly/3ZLXm43.



Philipp Kaufmann



SCHMUTZ ALS PROTEST ÜBER DAS HERVORKEHREN VON UNORDNUNG

Wer räumt in der Uni den Müll raus, wer putzt die Toilette? Wer kümmert sich um unseren Haushaltsmüll, nachdem wir ihn in die Tonne geworfen haben? Und wer hält in deiner WG die Gemeinschaftsräume sauber? Abfallwirtschaft und Care-Arbeit sind eng mit sozialen Ungerechtigkeiten verknüpft. Personen, die sich um Abfälle kümmern, werden unsichtbar gemacht. Schmutz und Unordnung sind in einer von Wachstum und Erfolg besessenen Welt etwas Negatives. Sie werden ausgeblendet und verdrängt. Weil Care-Arbeit bewusst und unbewusst übersehen wird, fehlt es an finanzieller und emotionaler Wertschätzung dafür. Aber auch die Platzierung von Abfall erzählt von Benachteiligung: Unrat wird vorwiegend dort deponiert oder liegen gelassen, wo sozial benachteiligte Personengruppen wohnen.¹ Wie können wir uns dagegen wehren? Ein Essay über das Hervorkehren von Unordnung.

Am Küchenboden ist ein klebriger Fleck.

Ich habe ihn nicht gesehen, bin aber mit meinen Socken daran hängen geblieben. Widerwillig denke ich an meinen nächtlichen Ausflug zum Kühlschrank. Es wird wohl Holundersaft sein. Mittlerweile schmücken Brotkrümel und Staubflusen den klebrigen Film. Damit nichts davon meine Hände berühren muss, streife ich mir die Putzhandschuhe über. Auch das ist nicht angenehm, aber immer noch besser als die Vorstellung, den nassen Lappen und die Sauce vor meinen Füßen berühren zu müssen. Als mein Holundersaft noch im Glas war, war alles schön und gut, einige Stunden später, ausgeschüttet auf den Küchenfliesen, graust mir davor. Ich muss ihn aufwischen, damit die Ordnung wiederhergestellt ist.

Damit Räume gut bewohnbar sind, haben wir das Bedürfnis, unsere Umgebung zu ordnen. Wir möchten das Richtige vom Falschen trennen und uns so Erleichterung und Klarheit verschaffen. Eine aufgeräumte Wohnung, saubere Kleidung, aber auch ein prä-

zise formulierter Satz sind Ausdruck davon. Diese Trennlinien, die Ordnung von Unordnung unterscheiden, entstehen durch erlernte Strukturen. Wo meine Mitbewohner:innen noch keinen Grund zum Putzen sehen, bin ich vielleicht schon mit Gummihandschuhen, Wasserkübel und Vorwürfen bewaffnet. Vielleicht liebe ich meinen unordentlichen Schreibtisch und möchte meine Unitoilette lieber mit Klosprüchen bemalt als strahlend weiß gestrichen sehen?

Denn was gilt eigentlich als Unordnung und warum? Schmutz ist etwas Relatives. Ist etwas nicht am richtigen Platz, soll man es sortieren.² Auch wenn Sortierungen an sich nützlich sein können, lohnt es sich, zu hinterfragen, wer eigentlich darüber bestimmt, was sortiert wird und welche Dinge unsichtbar bleiben müssen. Denn die Befugnis, etwas klassifizieren und anschließend behalten oder verwerfen zu dürfen, ist ein Ausdruck von Macht. Im Hinterfragen dieser Definitionen liegt ein fruchtbarer Moment für Protest.

Der Definitionsmacht gegenüber steht das Säubern selbst. Die Arbeit, die benötigt wird, um Ordnungssysteme aufrecht zu erhalten, bleibt meist unsichtbar. Sie ist sehr nahe an der Trennlinie zwischen ‚sauber‘ und ‚schmutzig‘ verortet und wird deshalb oft von Personengruppen erledigt, die auch sonst eher am Rande der Diskurse stehen müssen. Politische Kämpfe um die Anerkennung von Care-Arbeit zeigen das sehr deutlich. In Österreich zum Beispiel sind 88 Prozent aller Reinigungskräfte weiblich, 56 Prozent davon haben Migrationshintergrund.³ Die Arbeit, etwas in Ordnung zu halten, wird gar nicht oder zu wenig bezahlt.⁴ Weil die Arbeit, die mit dem Aufrechterhalten von Sauberkeit zu tun hat, verdeckt wird, ist es schwer, Ungerechtigkeiten, die damit zusammenhängen, direkt zu benennen und anzuklagen. Ein erster Schritt muss also sein, sie sichtbar zu machen und als Arbeit zu adressieren.

1 Nixon, Rob: *Slow Violence and the Environmentalism of the Poor*, Cambridge Massachusetts and London 2011.

2 Douglas, Mary: *Purity and Danger. An Analysis of Concepts of Pollution and Taboo*, New York 1966.

3 Österreichischer Gewerkschaftsbund: *Reinigungskräfte: Keine Spur von Wertschätzung*, URL: <http://bitly.ws/zH2t> (Zugriff 28.01.2023).

4 Achleitner, Sophie: *Frauen leisteten Care-Arbeit im Wert von 108 Millionen Euro*, Momentum Institut, URL: <http://bitly.ws/zGZZ> (Zugriff 28.01.2023).



Anika Leodolter

Eine Frau kann nicht mehr als Künstlerin arbeiten. Sie hat ein Kind bekommen und muss zum Erhalt ihrer Familie einem anderen Beruf nachgehen. Sie sieht sich und ihre Rolle als Künstlerin in ihrer Arbeit als Hausfrau und Arbeiterin verschwinden. Langsam wird sie unsichtbar. Als Antwort darauf erklärt sie ihr Leben und die von ihr geleistete Reproduktionsarbeit zur Kunst.

Auch wenn ihre Arbeit teils unbezahlt bleibt: Mierle Laderman Ukeles wird zwanzig Jahre lang als Artist-in-Residence bei den Sanitäreinheiten von New York City arbeiten. Sie situiert ihre oft mehrtägigen Performances an öffentlichen Orten, in Museen, auf der Straße. In *Hartfort Wash: Washing, Tracks, Maintenance Outside and Inside* (1973) putzt sie stundenlang den Boden und den Treppenaufgang des Museum of Arts and Design in New York. Lläuft jemand über den abgegrenzten Bereich, fängt sie ihre Arbeit von vorne an. In *Touch Sanitation* (1970–1984) gibt sie jedem Müllmann der New Yorker Müllabfuhr die Hand, um sich im Namen der Stadtbewohner:innen bei ihnen zu bedanken.⁵

Wir verlassen die nun blitzend sauberen Stufen des Museum of Arts and Design und spazieren einmal quer durch den Central Park nach East Harlem. Es ist Sommer 1969 und die Straßen riechen nach altem Mist und heißen Müllsäcken, auf der Straße liegen verbrannte Matratzen, zerbrochene Toiletten und Müll. Die Protestbewegung der *Young Lords* hat zu einer Demonstration aufgerufen.

Die Bewegung, entstanden in den 60er-Jahren in New York, kritisiert die nicht funktionierende Abfallwirtschaft in ihrem Viertel. In ihrem vorwiegend von puerto-ricanischen Immigrant:innen bewohnten Viertel wird der Haushaltsmüll nur unregelmäßig abgeholt. Ihre Straßen gelten als schmutzig und stinken. Weil der Müll der Bewohner:innen nicht abgeholt wird, häufen sich die

5 Phillips, Patricia C.: *Mierle Laderman Ukeles – Maintenance Art*, München 2016.

6 Young Lords Organisation: *El Barrio and the YLO say no more Garbage in our Community*, New York YLO 1969 vol. 1 nr. 4.

schwarzen Plastiksäcke an Straßenecken und auf Fußwegen.

Ihre Antwort auf das Problem ist einfach und effektiv. „Basta ya!“. Die *Garbage Offensive* organisiert sich und macht sich den Platz für ihre täglichen Wege selbst frei. Weil die Forderung nach Utensilien, mit denen sie die Straße aufräumen können, nicht erfüllt wird, nehmen sie sich die Werkzeuge einfach aus den Räumen der Stadtverwaltung. Mit Besen bewaffnet räumen die Bewohner:innen die Müllberge von den Hauseingängen auf die 110th Street und blockieren so den Verkehr. Manche Abfallberge werden angezündet, Matratzen und alte Spülbecken verstärken den Effekt.⁶ Die Protestbewegung der *Young Lords* wird sich trotz polizeilicher Repression weiterentwickeln. Sie wird Krankenhäuser, Kirchen und freie Grundstücke besetzen und sich gegen die rassistische Benachteiligung von Migrant:innen einsetzen. Die Bewegung hat bis heute viele soziale Verbesserungen für die puerto-ricanische Community in den Vereinigten Staaten erreicht.⁷

Wenn wir mit politischen Ordnungssystemen nicht einverstanden sind, haben wir das Recht, sie zu hinterfragen. Mierle Laderman Ukeles stellt ihre Fragen mit einer Performance. Die Protestierenden der *Garbage Offensive* stören die tägliche (Un-)Ordnung mit Müll. Auch wenn seit diesen Formen des Protests bereits mehr als fünfzig Jahre vergangen sind, bleiben sie relevant. Sie zeigen eine sehr produktive Antwort auf Repression. Das Deplatzen eines Objekts an einen vermeintlich falschen Platz stört die vorgegebene Ordnung ungemein. Man wird sich daran stoßen und sich über die Störung ärgern. Vielleicht wird man sogar dazu angeregt, über die Ursache der Störung nachzudenken.

Lea Rizzi Ladinser

7 Enck-Wanzer, Darrel: *The Young Lords – A Reader*, New York 2010.

„DIE MULLAHS WERDEN NICHT MIT ZUCKERWATTE VERTRIEBEN, DIE MULLAHS MÜSSEN MIT GEWALT VERTRIEBEN WERDEN.“
EIN INTERVIEW MIT SIMON SHIRZAD ÜBER DIE REVOLUTION IM IRAN UND WESTLICHE SOLIDARITÄT.

Seit der Ermordung der 22-jährigen Mahsa Amini im September 2022 wird im Iran protestiert. Es ist eine Revolution, die durch keine Repression des Islamischen Regimes mehr aufgehalten werden kann. Davon ist Simon Shirzad überzeugt. Ich habe mit dem Iran-Aktivistin über Protestformen und Akteur:innen gesprochen, über die Rolle der iranischen Diaspora, die Verantwortung westlicher Politiker:innen und die fehlende Solidarität der Linken.

N: Danke, dass du dir Zeit genommen hast, um mit mir über die aktuelle Situation im Iran zu sprechen. Welchen Bezug hast du zum Land?

S: Mein Vater ist Halb-Iraner, meine Mutter Österreicherin. Das letzte Mal war ich als Kind dort und habe die Schönheit des Landes gesehen. Ich habe aber auch Erinnerungen, die mir schon damals die Schattenseiten gezeigt haben. Dass meine Mutter z. B. plötzlich einen Schleier tragen musste, obwohl sie das vorher nie gemacht hat. In Teheran war die Luft sehr schmutzig, weil die Islamische Republik sich kaum um die Klimakrise kümmert. An jeder Ecke standen Revolutionsgardisten. Das Land hat etwas Magisches, aber die Islamische Republik zerstört diese Magie, zerstört das Land, das Leben der Menschen und ihr kulturelles Erbe. Die Islamische Republik ist eine Diktatur, der Iran ist seit 44 Jahren von Islamisten besetzt.

N: Genau, seit der Islamischen Revolution 1979. Hast du noch Familienmitglieder, die dort leben?

S: Ja, ich habe Familie in Teheran und im Persischen Golf auf der Insel Kisch. Den Kontakt zu halten war in letzter Zeit sehr schwierig, weil das Regime immer wieder die Internetverbindung sabotiert hat, damit sich die Menschen im Iran nicht koordinieren und gegen das Regime organisieren können. Der Großteil meiner Familie lebt jetzt aber in Schweden oder in den USA.

N: Wie vernetzen sich die Menschen im Iran untereinander und wie bekommt man Infos nach draußen?

S: Es gibt einige Social-Media-Seiten und verschiedene Aktivist:innen, die Kontakt zu Leuten im Iran halten können. Viele Menschen im Iran sind technisch affin, wodurch es ihnen gelingt, auf gewisse Server zuzugreifen und Infos ins Ausland zu bekommen. Es gibt auch im Ausland Leute, die dafür sorgen, dass die Internet-Blockaden im Iran umgangen werden.

N: Du teilst auch regelmäßig auf Instagram Videos und Infos zur Revolution. Viele Iraner:innen, die im Exil leben, sehen ihre eigene Rolle als Sprachrohr für diejenigen, die dort sind und kämpfen. Gleichzeitig ist klar: Sobald du dich im Exil als Iraner:in für die Revolution engagierst, kannst du eigentlich nicht mehr zurück. Wie siehst du deine Rolle?

S: Also, keiner von uns im Ausland ist ein Held oder eine Heldin, die wahren Held:innen sind die Menschen im Iran, die für ihre Freiheit auf die Straße gehen und bereit sind, ihr Leben dafür zu opfern. Ich denke, jede Iranerin und jeder Iraner im Ausland ist sich bewusst, dass es diesen *point of no return* erreicht hat. Genau, ich kann auch nicht mehr dorthin reisen, aber ich nehme das in Kauf und viele Leute nehmen das in Kauf, weil sie eben darauf hoffen, dass das Regime gestürzt wird. Ich möchte den Menschen, die ich erreichen kann, zeigen, was sich wirklich im Iran abspielt. Mir ist wichtig, dass das im Westen nicht nur angesprochen, sondern auch politisch umgesetzt wird.

N: Welche konkreten Forderungen gibt es und was könnte jetzt politisch umgesetzt werden?

S: Die iranische Bevölkerung fordert nichts weniger als den Sturz der Islamischen Republik. Was im Moment in Europa politisch umgesetzt werden könnte: Die Revolutionsgarden, die der wichtigste Apparat der Islamischen Republik sind, auf die EU-Terrorliste zu setzen und wirklich hart zu sanktionieren. Die diplomatischen Beziehungen mit der Islamischen Republik müssen abgebrochen und Konten im Ausland eingefroren werden.¹ Es braucht eine klare Solidarisierung mit der iranischen Bevölkerung. Das sind die Forderungen.

N: Würdest du sagen, dass nur ein sehr kleiner Teil der iranischen Bevölkerung das Regime noch unterstützt?

S: Auf jeden Fall. Wenn man sich die Proteste und Aufstände über die letzten 44 Jahre hinweg im Iran ansieht, wird klar, dass diesmal die Energie und auch der Zusammenhalt innerhalb der Bevölkerung ganz andere sind. Es gab immer wieder von verschiedenen Bevölkerungsgruppen ein Aufbegehren gegen das Mullah-Regime. Früher waren es z. B. die Arbeiter:innen aus der Öl- und Gasbranche, die für bessere finanzielle und rechtliche Bedingungen auf die Straße gingen. Oder auch Minderheiten wie die Kurd:innen und Belutsch:innen. Die wirtschaftliche Lage in manchen Provinzen wie in Chuzestan im Südwesten des Irans, wo die Leute keinen Zugang zu Trinkwasser mehr haben und der Großteil der Provinz in totaler Armut versinkt, führte auch schon zu Aufständen. Es gab 2009, 2017/18, 2021 immer wieder Proteste, im Zuge derer etwa das Internet abgeschaltet und 1.500 Menschen hingerichtet beziehungsweise auf offener Straße erschossen wurden. Es gab Abschnitte von Passagierflugzeugen, wo unschuldige Menschen einfach aus ihrem Leben gerissen wurden. Und das Regime wurde bis heute nicht dafür zur Rechenschaft gezogen.

N: Das Regime tut alles, was es kann, um weiterhin an der Macht zu bleiben, und geht brutal gegen Demonstrierende vor. Vor allem in kurdischen und anderen Gebieten, in denen viele Minderheiten leben, herrscht eine besonders harte Repression. Dort wurde bei Protesten z. B. mit Gewehren in die Menge geschossen. Warum sind es vor allem diese Gruppen, gegen die so brutal vorgegangen wird?

¹ Anm. der Autorin: Diese Forderungen sind nicht unumstritten und es gibt durchaus Gegenpositionen innerhalb der iranischen Bevölkerung sowie der Diaspora.

S: Man sieht vor allem jetzt, dass die Islamische Republik nach einem Sündenbock sucht und so das harte Vorgehen gegen Minderheiten relativieren will. Sie gehen mit Gewalt gegen Kurd:innen und Belutsch:innen vor und behaupten, diese seien Separatisten, was natürlich nicht der Fall ist. Mahsa Amini – Mahsa *Jina* Amini, Jina war ihr kurdischer Name – wurde brutal von der Sittenpolizei ermordet und auch in Mahabad² ist man vonseiten des Regimes mit Militärkraft hart gegen die iranisch-kurdische Bevölkerung vorgegangen. Der revolutionäre Slogan „Frauen Leben Freiheit“ kommt ja auch aus dem Kurdischen, also auf Kurdisch „Jin Jiyan Azadî“. Daran wird deutlich, dass die Bewegung dort ihren Ursprung hat. Die Gewalt betrifft zwar das ganze Land, aber man kann von einer Flügelzange der Provinz Kurdistan und Provinz Sistan und Belutschistan sprechen, wo zwei iranische Minderheiten zu den beiden Säulen der Revolution gegen das Regime wurden und wo neben der Hauptstadt Teheran auch die meisten Todesopfer zu beklagen sind. Aber keiner von diesen Bevölkerungsteilen fordert Separatismus. Sie fordern einfach nur, dass sie gleichberechtigt werden und ihre Meinung sagen dürfen. Man muss besonders die mutigen Menschen in Kurdistan und Belutschistan ansprechen, aber man darf nicht vergessen: Diese Revolution betrifft das ganze Land und wird vor allem von den Frauen im ganzen Land getragen. 50 Prozent der Bevölkerung des Iran sind Frauen und 50 Prozent der Bevölkerung wurden 44 Jahre lang mehr als unterdrückt. Sie mussten Kopftücher tragen, durften nicht in Sportstadien³ gehen, durften nicht Auto fahren, dürfen das alles immer noch nicht, aber der Tag wird kommen, an dem sie es können werden.

N: Sie dürfen immer noch nicht ins Fußballstadion, obwohl es einmal kurz so ausgesehen hat, als würde sich das ändern ...

S: Ja, da war auch der Vorfall bei einem Derby in Teheran, wo eine Frau nicht ins Stadion durfte und sie sich aus Protest selbst angezündet hat und dann ihren Wunden erlegen ist.

N: Viele sprechen gerade auch von einer feministischen Revolution. Was hältst du von dem Begriff?

S: Es ist eine Revolution gegen die Islamische Republik, angeführt von den iranischen Frauen. Aber die Revolution umfasst mittlerweile alle Gesellschaftsschichten des Landes und in den letzten Tagen wurden vermehrt Männer im Iran hingerichtet, die bereit waren, ihr Leben für die Freiheit der Frauen und generell für einen freien Iran zu opfern. Feminismus ist ein Hauptanliegen der Revolution und die Frauen sind ihre Anführerinnen, aber mittlerweile fordern alle Menschen im Iran den Sturz der Islamischen Republik. Deshalb würde ich den Protest nicht nur als feministischen bezeichnen.

N: Mittlerweile ist klar, dass man den Begriff Revolution verwenden kann. Die Proteste dauern seit Monaten an und es ist kein Ende in Sicht. Oder denkst du, die Protestbewegung wird durch die massive Repression wieder abflachen?

S: Nein, denn wenn man sieht, dass wieder das Internet abgeschaltet wurde und Menschen hingerichtet werden und immer noch in Kurdistan, in Belutschistan, in Teheran und in allen Großstädten des Landes auf die Straße gegangen wird ... dann wird deutlich, dass die Bevölkerung es wirklich ernst meint.

Erst vor kurzem haben Menschen ein Gefängnis gestürmt. Die Bevölkerung hat versucht, das Gefängnis zu stürmen, um Leute vor der Hinrichtung zu retten. Es gab auch landesweite Streiks, wo 80 Prozent der Menschen drei Tage lang nicht arbeiten waren, nicht zur Schule gegangen sind, viele Geschäfte des Landes geschlossen waren. Die Leute versuchen, sowohl physisch auf der Straße als auch mit Aktionen, die dem Regime wirtschaftlich schaden, Zeichen zu setzen und zu sagen: Es reicht. Ich denke, das Regime wird gestürzt werden und ich denke, die westliche Welt sollte sich langsam die Frage stellen: Wie geht man dann mit einem freien Iran um?

N: Welche Fehler sollten westliche Politiker:innen in ihrem Umgang mit dem Iran vermeiden?

S: Westliche Politiker:innen sollten nicht aufgrund pekuniärer Interessen und wirtschaftlicher Ressourcen an der Islamischen Republik festhalten, sondern sich mit der iranischen Bevölkerung solidarisieren. Denn denselben Fehler, den man bei Putins Regime gemacht hat, macht man jetzt bei der Islamischen Republik. Der Westen hätte schon 2008, als Georgien von Russland angegriffen wurde, oder 2014, als die Krim annektiert wurde, reagieren müssen. Anstatt dass man es diesmal rechtzeitig erkennt, setzt man weiter auf die Islamische Republik, auf Instabilität, und erhofft sich damit selbst wirtschaftliche Stabilität. Ich denke aber, dass dieses Zögern, ähnlich wie bei der Reaktion auf Putins Regime, für die Europäische Union negative Konsequenzen haben wird. Würde man die Forderungen der iranischen Bevölkerung umsetzen und einen modernen und freien Iran unterstützen, würde das längerfristig auch der Europäischen Union mehr Stabilität geben.

² Mahabad ist eine Stadt im Nordwesten Irans, die hauptsächlich kurdisch geprägt ist.

³ Anmerkung der Autorin: Frauen dürfen im Iran Auto fahren, müssen dabei allerdings ein Kopftuch tragen.



N: Das Islamische Regime ist ja auch einer der wenigen Unterstützer Putins. Die USA haben bereits in der Vergangenheit Sanktionen gegen das Regime verhängt, die EU aber noch nicht – was ist hier die Rolle der EU oder einzelner EU-Länder, etwa Deutschlands? Welche wirtschaftliche Beziehung gibt es?

S: Gut, dass du Deutschland nennst. Deutschland ist der größte europäische Wirtschaftspartner der Islamischen Republik. Es ist schön und gut, dass Außenministerin Baerbock und Kanzler Scholz sich nach mehrfachem Druck der iranischen Diaspora zu Wort melden, aber das bleiben leider leere Worte. Dass man sich hinstellt und im Fernsehen sagt „Frauen Leben Freiheit“ und dass man verurteilt, dass die Islamische Republik die eigene Bevölkerung ermordet und unterdrückt, ist nicht genug. Wenn man von sich selbst behauptet, man sei eine Demokratie und man stehe für Menschenrechte ein, dann kann man nicht weiterhin mit dem Mullah-Regime diplomatische Beziehungen pflegen und Öl und Gas entgegennehmen, während die iranische Bevölkerung leidet.

N: Ich habe beobachtet, dass die Linke in Österreich derzeit am ehesten durch ihr Fehlen bei den Iran-Demos auffällt. Würdest du mir zustimmen?

S: Ich bin ehrlich gesagt wirklich enttäuscht. Man spricht ständig von Feminismus, aber wo ist der Großteil der Feminist:innen der westlichen Welt, wenn im Iran eine Revolution stattfindet, die von Frauen angeführt wird? Wie kann man sich als Feminist:in bezeichnen, wenn man sich nicht für das einsetzt, was im Iran gerade passiert? Die iranische Bevölkerung hat oft Solidarität gezeigt, zum Beispiel als George Floyd ermordet wurde. Damals haben Iraner:innen in Teheran Kerzen angezündet und Solidarität mit den betroffenen Amerikaner:innen gezeigt. Aber wer, außer Iraner:innen selbst und einzelnen Ausnahmen, steht jetzt für den Iran auf? Ich nehme da besonders vermeintlich linke Poli-

tiker:innen und Aktivist:innen im Westen in die Pflicht, von denen jede Spur fehlt. Ich hoffe, dass sie uns eines Besseren belehren, falls sie das lesen. Die Welt ist mittlerweile so vernetzt, dass niemand sagen kann: „Das, was am anderen Ende der Welt passiert, geht mich nichts an.“ Wenn ich unter solchen Umständen leben müsste, würde ich mir auch erhoffen, dass jemand, der in einer anderen, besseren Position ist, sich einzusetzen versucht. Dass jemand zumindest versucht, darauf aufmerksam zu machen und etwas zu ändern. Das, was im Iran gerade passiert, ist mindestens genauso relevant wie eine korrupte und menschenrechtsverachtende Fußball-WM in Katar, über die alle sprechen.

N: Was können wir in Österreich tun? Es gibt immer wieder Menschen, die behaupten: „Die Demos in Wien oder woanders in Europa bringen überhaupt nichts – am sinnvollsten wäre es doch, in den Iran zu reisen und dort zu kämpfen ...“

S: Das ist einseitiges Denken, da schaut man nicht über den Tellerrand. Diese Revolution findet im Iran statt, ja, und sie ist blutig. Man wird leider nicht wie Mahatma Ghandi 1948 friedlich eine Revolution durchsetzen. Das ist Wunschdenken. Die Mullahs werden nicht mit Zuckerrübe vertrieben, die Mullahs müssen mit Gewalt vertrieben werden. Das ist die Realität. Aber: Diese Revolution findet auch online auf Social-Media-Plattformen statt, Social Media sind eine Waffe gegen die Islamische Republik und ein wichtiges Werkzeug dieser Revolution. Das darf man nicht unterschätzen. Und deshalb ist das Blödsinn, wenn jemand sagt: „Es bringt nichts, dass man das und das postet“ – das bringt etwas. Denn stellen wir uns vor, wir hätten keine Social Media gehabt. All das, was jetzt passiert, wäre nicht in dieser Art und Weise zu sehen gewesen und die Diktatur hätte die Proteste unter den Teppich kehren können.

N: Was sie ja auch versucht!

S: Genau. Aber genau das meine ich ja: Feminist:innen im Westen, Aktivist:innen können einfach einen Social-Media-Beitrag teilen, in dem sich jemand ansehen kann, was gerade im Iran passiert. Demos sind wichtig. Ich finde, dass eine Botschaft der Islamischen Republik spüren sollte, dass Menschen nicht damit einverstanden sind, was im Iran passiert. Wir können nicht nur zusehen. Außerdem tut es gut, als Kollektiv zu sehen, dass man nicht allein ist. Natürlich gibt es Phasen, in denen man entmutigt ist, aber wir sind nicht allein. Wir wollen, dass die Welt die Schönheit des Iran sieht und Leute dort auf Urlaub fahren können und sehen, dass unsere Bevölkerung und Kultur nicht das ist, was die Islamische Republik ist. Wir sind nicht Terror, wir sind nicht Mord, wir sind nicht Unterdrückung, sondern wir sind Frauen, Leben und Freiheit.

Nadja Etinski

AYOTZI VIVE – LA LUCHA SIGUE!

Zur Erinnerung: Die Nacht 26/27. Sept. 2014 in Iguala, Mexiko

Mehrere Reisebusse mit (ausschließlich männlichen) Lehramtsstudenten der *Escuela Normal Rural de Ayotzinapa* (im Folgenden *Normalistas* genannt) werden in der Stadt Iguala durch Einheiten von Polizei und Militär gestoppt und angegriffen. Diese eröffnen das Feuer auf die Unbewaffneten. Sechs von ihnen werden getötet – wohl auch mit illegal erworbenen deutschen Waffen¹ – und 43 *Normalistas* gelten seither als verschwunden. Es wird davon ausgegangen, dass sie von staatlichen Sicherheitskräften verschleppt und an eine Mafia-Gruppe übergeben wurden. Anschließend wurde die aktive staatliche Beteiligung an der Gewalttat vertuscht. Diese Massenentführung ist bis heute unaufgeklärt und Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen.

Der Fall Ayotzi hat, im Unterschied zu vielen anderen Entführungen und Morden, internationale Aufmerksamkeit erlangt, gilt als Beginn eines neuen Zyklus sozialer Kämpfe und steht sinnbildlich für die von Gewalt geprägten Zustände in Mexiko: Armut und Marginalisierung (von der insbesondere die indigene Bevölkerung betroffen ist), enge Verbindungen zwischen Staatsapparat und Mafia, Militarisierung sowie Repression gegen soziale Bewegungen.

Eine nähere Rekonstruktion der Geschehnisse kann der vorliegende Artikel nicht leisten.² Während oft die kriminelle Dimension der Gewalttat im Fokus der Berichterstattung steht, sollen im Folgenden die politischen Aspekte, insbesondere der betroffenen Schule, betont und die Geschehnisse in den Kontext von Repression und Militarisierung in der Region Guerrero gestellt werden.

Militarisierung und schmutziger Krieg in Guerrero

Guerrero ist einer der ärmsten Bundesstaaten Mexikos und bereits seit Jahrzehnten geprägt von staatlicher und mafioser Gewalt. Spätestens ab den 1960er-Jahren war hier einer der Hauptschauplätze der sogenannten *Guerra Sucia*. Dabei handelte es sich – im Rahmen des kalten Krieges – um eine (im lateinamerikanischen Vergleich) eher verdeckte, aber brutale Strategie der Aufstandsbekämpfung bzw. um einen Krieg niedriger Intensität gegen soziale Bewegungen und Guerilla-Organisationen sowie ihre tatsächlichen und vermeintlichen Sympathisant*innen.³ In den 1990er Jahren setzte sich die Militarisierung der Region und die damit verbundene Gewalt im Kontext des Aufkommens neuer Guerilla-Organisationen fort.⁴ Die Eskalation des sogenannten Drogenkriegs seit 2006 steigerte die Gewalt und setzte den Trend zur Militarisierung fort. Dabei agiert das Militär weitgehend ohne jede Kontrolle und verfolgt eigene In-

teressen. Nationale und internationale Organisationen beschäftigen sich mit den zahlreichen Übergriffen und Menschenrechtsverbrechen des Militärs in Guerrero.⁵ Auch die aktuelle Regierung, die sich einer Rhetorik des Wandels bedient, setzt die Militarisierung ungebrochen fort.

Die Schule: Escuela Normal Rural de Ayotzinapa

Viele sehen die Feindseligkeiten gegen die *Escuela Normal Rural de Ayotzinapa* in diesem Kontext von Repression und Militarisierung. Die Schule ist bekannt für ihre widerständige Geschichte und klare politische Haltung. Sie positioniert sich auf Seiten der Arbeitenden und Armen und versteht die eigene edukative Tätigkeit als Teil einer Perspektive gesellschaftlicher Transformation. Dabei sind die *Normalistas* in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder mit dem Staat und einflussreichen Mafia-Gruppen in Konflikt geraten.

Das Konzept der *Normales Rurales* (neben Ayotzinapa gibt es bis heute mehrere) entstand in den 1920ern im postrevolutionären Mexiko und beinhaltet ein Konzept der ‚Massenbildung‘: Lehrer*innen aus marginalisierten Verhältnissen werden ausgebildet und kehren in ihre Gemeinden zurück, um die Inhalte und Grundsätze der Schule (inklusive technischer und landwirtschaftlicher Fähigkeiten) an die Ärmsten zu vermitteln. Dabei ist (auch aufgrund mangelnder Ressourcen) über eine genossenschaftliche Struktur eine gewisse Autonomie der Einrichtungen vom Zentralstaat vorgesehen.

Seit jeher ist *Normal Rural von Ayotzinapa* eng mit den sozialen Bewegungen der Region verbunden.⁶ Dem Staat und seinem Personal ist die Schule daher schon lange ein Dorn im Auge. Drei Jahre vor der Massenentführung (2011) wurden zwei *Normalistas* bei bildungspolitischen Protesten in Chilpancingo von der Polizei erschossen.⁷

Aktuelle Entwicklungen

Wie erwähnt, kann hier weder auf die Gewalttat selbst noch auf die vielschichtigen juristischen und politischen Prozesse im Anschluss näher eingegangen werden. Die offizielle Erzählung zu der Gewalttat ist nach wie vor Gegenstand von Ermittlungen und teils heftigen Auseinandersetzungen.

Aktuelle Berichte und Ermittlungen bestätigen jedenfalls, was Angehörige und Zivilgesellschaft schon lange wussten: Die *Normalistas* standen bereits seit Jahren im Fokus der Behörden. Sie wurden intensiv überwacht und es wurden zwei Spitzel in das Internat eingeschleust. Mit der Drogen-Mafia verbundene Mitglieder von Armee und Polizei waren direkt an der Ermordung und Entführung beteiligt und weite Teile des Staatsapparats haben aktiv daran gearbeitet, die Ermittlungen zu manipulieren. Das Militär hat jahrelang die Kooperation verweigert und zahlreiche Informationen aus der Tatnacht vorenthalten.⁸ 2022 wurden 83 neue Haftbefehle ausgestellt, 22 davon gegen teils hochrangige Militärs.⁹ Einige Haftbefehle wurden inzwischen von anderer Stelle wieder aufgehoben. Der Fall bleibt aktuell und umkämpft.

Der Kampf um Gerechtigkeit und Wahrheit

Eine breite Bewegung, wesentlich mitgetragen von *Normalistas* und Angehörigen, fordert ein Ende der Repression gegen die



Schule, sowie „Wahrheit und Gerechtigkeit“ für die Ermordeten und Verschwundenen – nicht nur von Ayotzinapa und nicht erst seit 2014. Mindestens alle vier Wochen, immer um den 26/27. des Monats, kommt es zu größeren öffentlichen Protesten, die immer wieder mit Repression und Einschüchterungsversuchen konfrontiert werden. Dabei wird an bereits bestehende Kämpfe und Ausdrucksformen angeknüpft. Der Spruch „Vivos se los llevaron, vivos los queremos!“, stammt aus der Zeit der *Guerra Sucia*, gehört also seit den 1970ern zum Repertoire der Bewegung und ist seit dem Fall Ayotzinapa erneut allgegenwärtig auf Hauswänden, Transparenten, und Demonstrationen.

Sogenannte *Antimonumentos*¹⁰, inoffizielle von sozialen Bewegungen errichtete Gedenkmäler, erinnern im ganzen Land an die Verschwundenen und Ermordeten (nicht nur von Ayotzinapa). Die feministische Bewegung hat erkämpft, dass die *desaparición forzada*, also das Verschwindenlassen, Feminiziden und patriarchaler Gewalt zusammengedacht wird.

Der Kampf geht weiter – rund 100.000¹¹ Menschen gelten aktuell in Mexiko als „verschwunden“, mutmaßlich gewaltsam verschleppt. Dazu kommen zahlreiche Morde – viele davon unaufgeklärt. Am häufigsten trifft es Migrant*innen, Frauen und Queers, Menschenrechtler*innen und Journalist*innen.

Marijan Schreckeis

1 Im Zuge der Ermittlungen musste die beteiligte Polizeieinheit etwa drei Dutzend G36-Gewehre des Konzerns Heckler und Koch (H&K) abgeben. Diese Waffen waren illegal in die Hände der Polizei geraten. 2019 erfolgte ein Urteil gegen den Rüstungskonzern H&K. Die Firma hatte Informationen zum Endverbleib der Waffen bewusst manipuliert, um die Waffen auch in die von der Genehmigung ausgeschlossenen Regionen Mexikos exportieren zu können. (vgl. bit.ly/4253sNV und bit.ly/3JwDXOt)

2 Weitere Infos: Die Bewegung der Angehörigen informiert über aktuelle Entwicklungen und Proteste, bit.ly/425hLC9. Die Berichte der unabhängigen Expert*innenkommission (GIEI) können online (auf Spanisch) eingesehen werden. Als deutschsprachige Quelle zu aktuellen Entwicklungen ist Wolf-Dieter Vogel zu empfehlen, bit.ly/3j8Xy5Y. Das Menschenrechtszentrum Tlachinollan in Guerrero arbeitet eng mit den Angehörigen zusammen und veröffentlicht (auf Spanisch) immer wieder aktuelle Texte, bit.ly/3LrUbnI

3 Seit 2021 gibt es durch eine Wahrheitskommission auch eine offizielle Beschäftigung mit dem Staatsterrorismus der Jahre 1965–1990. Dieser umfasste u. a. bewaffnete Streikbrecher*innen, extralegale Paramilitärs bzw. Todesschwadronen sowie geheime Foltergefängnisse und Hinrichtungen bis hin zu Massakern (die unter Namen wie Tlatelolco, el Halconazo behandelt werden), bit.ly/3FehJk

4 Bekannte Beispiele aus den 1990er Jahren in Guerrero sind die Massaker von Aguas Blancas (1995), wo die Polizei Mitglieder einer Bäuer*innengewerkschaft aus dem Hinterhalt angriff und 17 Menschen tötete, und El Charco (1998), wo das Militär elf Menschen tötete. Die Angriffe stehen im Kontext der fortgesetzten brutalen Strategie der Aufstandsbekämpfung, bei der insbesondere der indigenen Bevölkerung Guerrerors oft pauschal die Unterstützung bewaffneter Gruppen unterstellt wird.

5 Vgl. Martin Mrochoc: Massaker in Mexiko, Die Entführung von 43 Lehramtsstudenten im mexikanischen Bundesstaat Guerrero legt die Verstrickung staatlicher Stellen in den organisierten Drogenhandel offen, bit.ly/3Jw39EF.

6 Zwei wichtige widerständige Figuren der jüngsten Geschichte der Region, Genaro Vázquez Rojas und Lucio Cabañas, waren beide an der Escuela Normal rural de Ayotzinapa tätig. Sie waren in den 1960er und 70er Jahren erst Gewerkschafter, sowie Lehrer in den ärmsten Regionen und später Guerilleros. Die Erinnerung an beide ist auch an der Escuela Normal de Ayotzinapa noch lebendig.

7 Quellen dazu auf Spanisch: Vgl. die Tagespresse direkt im Anschluss (*laJornada* 2011), bit.ly/3ZGCS9 und allgemeiner zu den Hintergründen das Menschenrechtszentrum Tlachinollan (2019), bit.ly/3jgNd8e

8 Mehr dazu Wolf-Dieter Vogel: Das Militär hatte immer alles im Blick, bit.ly/3j5lkPb.

9 Nur ein paar prominente Beispiele: Dem Kommandanten der beteiligten Brigade (später hochrangiger General) wird der Befehl zur Hinrichtung von mindestens sechs *Normalistas* vorgeworfen. Sein Vorgesetzter (später Stabschef der Nationalen Verteidigung) soll genauestens über das Geschehen informiert worden sein. Der Hauptverantwortliche der Ermittlungsbehörden befindet sich auf der Flucht im Ausland. Der selbst jahrelang in dem Fall ermittelnde Staatsanwalt ist mittlerweile wegen direkter Verstrickung in Haft.

10 Spanischsprachige Broschüre: *Antimonumentos, Memoria, verdad y justicia*, bit.ly/3ytS7JN.

11 Vgl. derStandard.at: Zahl der Verschwundenen in Mexiko überschreitet 100.000er-Marke, bit.ly/3TnoBPP.



Anika Leodolter

EINE LINKE FÜR DIE MARGINALISIERTEN KLASSEN IN ÖSTERREICH

In diesem Artikel vergleiche ich bestimmte Formen des Aktivismus zwischen Argentinien und Österreich, insbesondere die Rolle von Aktivist*innen und der marginalisierten Klassen aufgrund meiner eigenen Erfahrung. Durch diesen allgemeinen Vergleich möchte ich gerne eine produktive Debatte innerhalb der österreichischen Linken über ihre Organisations- und Kampfformen für die aktuellen kapitalistischen Krisen anregen.

Nach einer langen Zeit des Aktivismus in Österreich sehe ich, dass sich Teile der österreichischen Linken¹ selten in sozialen Bewegungen oder Kollektiven organisieren, in denen die marginalisierten Klassen² als politische Subjekte inkludiert sind. Das ist allerdings ein zentraler Punkt im Kampf für eine kollektive Emanzipation. Obwohl viele Projekte und Kämpfe sehr interessant und relevant sind, ist mir aufgefallen, dass sie stark auf Basis des Individuums oder Affinität der Mitglieder als Personen organisiert sind. Tendenziell richtet die lateinamerikanische Linke den Aktivismus an den produktiven Subjekten der Gesellschaft aus, um ihre Prekarisierung und Unterdrückung zu politisieren.³ Das bietet die Möglichkeit, die Grenzen des Kapitals mit einer kollektiven Strategie in Frage zu stellen.

Auch der Eindruck, dass der Staat zu selten als materieller Adressat angesprochen wird, hat sich in mir gefestigt. In Argentinien hat die feministische Bewegung nach mehr als dreißig Jahren der Organisation und des Kampfes⁴ das Gesetz zur freien Abtreibung durchgesetzt.⁵ Dieses Gesetz wurde parallel zu anderen Regelungen über Quoten in verschiedenen staatlichen und privaten Einrichtungen für Frauen und Trans*-Personen vorangetrieben sowie durch die Umsetzung von inklusiven Programmen aus einer FLINTA*-Perspektive, zum Beispiel in Schulen, Parlamenten und innerhalb des Gesundheitssystems, ergänzt. Zugleich wurden künstlerische Interventionen und Besetzungen des öffentlichen Raums durchgeführt, um die patriarchale Gewalt anzuprangern. Mit anderen Worten: In Lateinamerika kämpft die Linke teilweise mit dem Ziel, die wirtschaftlichen, politischen und allgemeinen Rechte um eine Klassenperspektive zu erweitern. Um dies zu erreichen, versuchen wir immer, uns zunächst als konkrete politische Subjekte in Massenorganisationen zu konstituieren. Das heißt, dass aktivistische Gruppen auf der Grundlage von konkreten marginalisierten Subjekten organisiert sind, und nicht nur auf der Grundlage der einzelnen Person und/oder ihrer Identitätszugehörigkeit.

³ Ich möchte auf drei Erfahrungen mit klassenbasiertem Migrant*innenaktivismus in Österreich hinweisen – IG24 – Verband zur Förderung der Interessen der 24-Stunden-Betreuer_innen in Österreich; Riders Collective und Uni für Alle* – selbstorganisierte Studierende aus Drittstaaten. Hier ist das spezifische politische Subjekt, die Migrant*in, Arbeiter*in und/oder migrantische Student*in, selbst aktiv, was Selbstorganisation und einen gewerkschaftsorientierten Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen durch die Politisierung ihrer Prekarisierung ermöglicht.

Argentinien und Österreich, kann man etwas lernen?

Aber kann man aus dieser Art von Aktivismus etwas für Österreich *lernen*? Ich denke, dass bestimmte Elemente herangezogen und an den österreichischen Kontext angepasst werden können. Ein Beispiel dafür ist Wohnraum, der nicht nur als eine direkte Gegenüberstellung zwischen Immobilienspekulationen, Bürger*innen und Stadt angegangen werden sollte, sondern auch durch die politische, geduldige und lange Arbeit mit den Betroffenen in jedem Bezirk. Es sollte infolgedessen nicht nur darum gehen, Unterschriften zu sammeln, zu demonstrieren oder symbolische Aktionen für die Medien zu planen. Sondern es ist meiner Meinung nach notwendig, Basisorganisationen in verschiedenen Bezirken aufzubauen, die das Ziel haben sollten, für die Verbesserung der Lebensbedingungen der marginalisierten Klassen und für leistbare, nachhaltige Alternativen zu kämpfen. Erreicht werden könnte das zum Beispiel durch die Gründung von Sozialzentren, in denen durch unterschiedliche Praktiken und Aktivitäten das Klassenbewusstsein gestärkt und die Marginalisierten zur Selbstorganisation als Klasse ermutigt werden sollen. Möglich wäre das unter anderem durch Suppenküchen – auch mit geretteten Lebensmitteln – Flohmärkten, Wohnungsberatung, Kinderbetreuungsangeboten, gratis Deutschkursen sowie Beratung für FLINTA*-Personen, Migrant*innen oder zu Arbeitsrecht, mit dem Ziel ihrer Mobilisierung. Zentraler Zweck solcher Aktivitäten ist, dass Arbeiter*innen aus verschiedenen Herkunftsländern und mit unterschiedlicher Geschlechtsidentität zusammenarbeiten, um eine Klassensolidarität zu entwickeln und gegen Rassismus und Sexismus innerhalb der Arbeiter*innenklasse zu kämpfen. So könnte sich eventuell die Möglichkeit ergeben, soziale Bewegungen mit den marginalisierten Klassen zu gründen. In Lateinamerika leisten wir Basisarbeit mit verschiedenen marginalisierten Subjekten für die Politisierung der sozialen Reproduktion innerhalb eines konkreten sozialen Umfelds – also den Aufbau des *Poder Popular*.

⁴ Gago, Verónica: Für eine feministische Internationale. Wie wir alles verändern. Münster 2021.

⁵ Siehe die Geschichte des Plurinationalen Treffens von Frauen, Lesben, Travestis, Trans, Bisexuellen und Nicht-Binären Menschen.

Eine Auffassung in Frage stellen?

Ein Beispiel verdeutlicht den vorgenannten Kontrast mit Österreich. Ich erinnere mich an die erste Phase der Pandemie – während unter anderem die Kirche arme Menschen unterstützte, hängten manche Linke Tüten mit Lebensmitteln an verschiedenen Gittern in Wien auf, statt zu versuchen, sich gemeinsam mit sozial Benachteiligten gegen Ungleichheit zu organisieren. Meiner Meinung nach sollte sich die karitative Einstellung von weiten Teilen der österreichischen Linken verändern. Vielleicht ist dieser abgegebene Raum – also die Entpolitisierung der sozialen Ungleichheit – sogar ein Grund dafür, wieso die Rechten immerzu mehr Zuspruch aus Arbeiter*innenklassen erhalten, während die Linke es nicht schafft, eine kohärente und konkrete Interpretation Politik der aktuellen politischen Lage aufzubauen, um die marginalisierten Klassen anzusprechen.⁶

Die aktuelle Lage: Krisis, Organisation, Artikulation und Kampf

Im Kontext aktueller objektiver Bedingungen, also politischer, ökologischer und geopolitischer Krisen, eines erschütternden sozialen Umfeld und der steigenden Inflation – allerdings bis jetzt in Österreich ohne offene Konfrontation auf der Straße – stellt sich die Frage, ob die existierenden politischen Gruppierungen für den derzeitigen Klassenkampf eine passende Antwort haben. Inwieweit könnten die Linken die heutige Unzufriedenheit und Empörung gegen das System politisch organisieren, um es auf einen linken Weg auszurichten? Inwiefern ist ein erweiterter Aktivismus, der aus konkreter Politik für die marginalisierten Klassen besteht, in Österreich umsetzbar? Dafür wäre meiner Meinung nach ein konstruktiver Dialog mit dem Globalen Süden, losgelöst von Paternalismus und Romantisierung, wertvoll.⁷

Juan Gerez

⁶ Siehe Gramsci, Antonio: Das Gefängnishefte und Laclau, Ernesto: Die populistische Vernunft (2022).

⁷ Danke, Jutta, für deine Korrekturen auf Deutsch und dein Feedback.

¹ Ich beziehe mich insbesondere auf bestimmte autonome Gruppen, universitäre Aktivist*innen, bestimmte Umweltgruppen und das Verhältnis der linken Parteien zu Migrant*innen, aber auch manche Migrant*innen selbst.

² Mit marginalisierten Klassen meine ich also unter anderem Arbeiter*innen, Kleinbäuer*innen, aber auch andere unterdrückte Sektoren wie Migrant*innen, Geflüchtete und Asylbewerber*innen, FLINTA*-Personen, BBIPOC, Studierende, Menschen mit Behinderung und alte Personen. Subjekte, die also Unterdrückung, aber gleichzeitig eine erweiterte Ausbeutung aufgrund ihrer Positionierung in der Gesellschaft erfahren.

LÜTZERATH – AN DER KANTE ZUM 1,5 GRAD ZIEL

Profitinteressen und Klimaziele – unter dem kleinen Ort Lützerath liegt die Zukunft der kommenden Generationen.

Keine hundert Meter von der Abbaukante des Kohletagebaus Garzweiler entfernt besetzen Klimaaktivist*innen seit 2,5 Jahren Lützerath. Denn wie so viele andere Dörfer soll es bald im Loch des Tagebaus verschwinden. Der Ort in Nordrhein-Westfalen war die letzten Wochen international in den Medien. Denn seit dem 24. November steht fest: Lützerath soll mit einem polizeilichen Groß-einsatz geräumt und abgegraben werden.

Darunter liegen schätzungsweise 280 Mio. Tonnen Braunkohle. Damit Deutschland das Pariser Klimaabkommen einhalten kann, dürfen laut Studien¹ höchstens noch 100 Mio. Tonnen Kohle verbrannt werden. Der Abbau der Kohle unter Lützi ist also eine Rechnung, die nicht aufgeht.

Doch mit den steigenden Gaspreisen vor und mit dem russischen Angriffskrieg ist der Ausstieg aus fossilen Energiequellen in der Prioritätenliste sehr weit nach unten gerutscht. Entscheidungen über den Kohleausstieg werden revidiert. Immer wieder wird behauptet, es bräuchte die Kohle unter Lützerath, um die Energiesicherheit gewährleisten zu können. Argumente, die einfach nicht stimmen. Im Jahr 2022 veröffentlichte die Universität TU Berlin eine Studie, in der klar hervorkam: Die Kohle unter Lützerath wird nicht für die Energiesicherheit Deutschlands gebraucht.

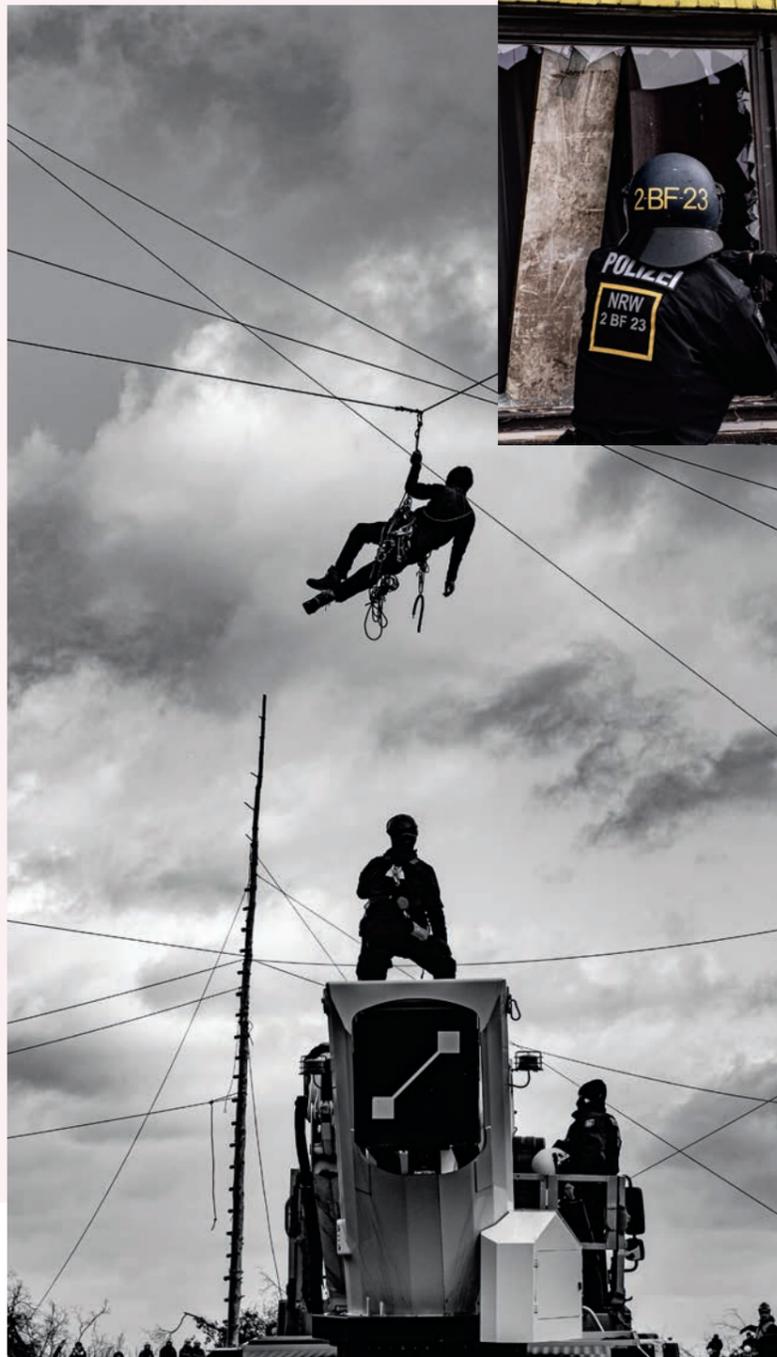
Doch um Energiesicherheit geht es in Wirklichkeit überhaupt nicht. Der Konzern RWE steckt hinter der Räumung. Schon Jahre lang üben sie Druck auf Anrainer*innen aus, die ihre Häuser verkaufen sollen. Wer nicht verkauft, wird verklagt. Es ist ein Kampf zwischen David und Goliath.

Mit Anfang des Jahres startete die Polizei ihre Vorbereitungen und behinderte Aktivist*innen bei der Anreise, am 10. Jänner dann die Räumung. Aus 14 Bundesländern wurden Tausende Polizist*innen für den Einsatz angefordert. Rund um das Camp wurde ein Zaun errichtet, Wasserwerfer und Räumungspanzer angeliefert. Die Polizei räumte Menschen gewaltsam bei Tag und bei Nacht. Immer wieder wurde die Sicherheit von Menschen aufs Spiel gesetzt und Journalist*innen der Zugang zum Räumungsgeschehen verwehrt. Am Samstag den 14. Jänner kamen 35.000 Menschen nach Lützerath, um bei der Großdemonstration gegen die Räumung zu demonstrieren. Die Polizei ging mit voller Brutalität gegen die Demonstrant*innen vor. Unzählige Menschen wurden dabei schwer verletzt. Das Vorgehen hat gezeigt zu welchen Mitteln gegriffen wird, um die Interessen von Großkonzernen durchzusetzen.

Am Montag, 6 Tage nach dem Start der Räumung, haben Pinky und Brain, die Aktivist*innen, die in einem Tunnel unter Lützerath ausgeharrt haben, freiwillig als letzte Personen den Ort verlassen. Die Besetzung in Lützerath war ein Ort des Widerstandes und Sammelplatz für internationale Kämpfe. Auch wenn Lützerath nun geräumt ist - der Kampf geht weiter. Vor, während und nach der Räumung gab es unzählige Solidaritäts- und Störaktionen auf der ganzen Welt. Auch wenn im Fall von Lützerath ein weiteres Mal die Profitgier eines Großkonzerns gewonnen hat, ist der Wille, für eine klimagerechte Zukunft zu kämpfen, ungebrochen.

Phili Kaufmann

¹ Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (2021)



„WENN WIR STREIKEN, STEHT DIE WELT STILL“

Eine Chronologie und Theoretisierung des transnationalen feministischen Streiks

Content Warning: Es wird explizit physische und sexualisierte Gewalt benannt.

In den letzten Jahren sind verstärkt Mobilisierungsprozesse sozialer Bewegungen, die sich transnational formieren, zu beobachten. Ein Beispiel dafür ist der transnationale feministische Streik.

Ebenso lässt sich seit einigen Jahren eine weltweite Welle von feministischen Protesten verzeichnen. Ob *Ni Una Menos, My Body, My Choice, #metoo* oder *Jin-Jiyan-Azadi* – all diese Sprüche verbindet etwas – nämlich der feministische Kampf. Sie sind Teil einer weltweiten Bewegung gegen Femi(ni)zide¹ und vergeschlechtlichte Gewalt.

Schon immer mussten FLINTA*s ihre Rechte und Anliegen einfordern und für diese kämpfen. „Alles, was wir haben, wurde einmal erkämpft; nichts, das wir in Zukunft erreichen werden, wird uns ohne Kampf übergeben werden.“²

Der transnationale feministische Streik stellt eine soziale Bewegung dar, die auf einen systematischen Wandel abzielt und es in den letzten Jahren geschafft hat, Feminismus wieder zur radikalen Forderung zu machen, die nicht weniger will als alles zu verändern.³

Der transnationale feministische Streik ist jedoch nicht im luftleeren Raum entstanden; schon in der Vergangenheit wurden feministische Kämpfe geführt, auch wenn sich diese inhaltlich in ihrer Gestaltung unterschieden. Historisch wird zumeist von drei Phasen bzw. Wellen der Frauenbewegung gesprochen.⁴

Wie also haben sich feministische Proteste in den letzten Jahren entwickelt und was genau ist passiert? Unter dem Motto *Ni Una Menos* fanden die ersten Proteste am 26. März 2015 in Recoleta in Buenos Aires statt. Künstler*innen, Journalist*innen und Aktivist*innen protestierten aufgrund des Femi(ni)zids an Daiana García, die zehn Tage zuvor in einem Müllsack tot aufgefunden worden

war. Der Slogan geht auf die mexikanische Poetin und Menschenrechtsaktivistin Susana Chávez zurück und bedeutet übersetzt „Nicht eine weniger“. Am 3. Juni fanden in ganz Argentinien Protestmärsche statt und allein in Buenos Aires gingen 200.000 Menschen auf die Straße. Außerdem gab es Solidarisierungen in Uruguay, Chile und Mexiko.⁵

Die Bewegung wurde viral und transnational. Der Protest soll sich nicht nur gegen Femi(ni)zide richten, sondern geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung adressieren. Es wird gegen heteronormatives binäres Geschlechterdenken, Sexismus, Trans- und Homophobie und für die Legalisierung von Abtreibungen, Rechte für Sexarbeiter*innen und Transgender-Personen gekämpft. Ein Merkmal der Mobilisierungsprozesse ist, dass diese nicht nur lokal, sondern stark digital und online stattfanden.⁶

Am 19. Oktober 2016 fand der erste feministische Massenstreik statt, welcher den Femi(ni)zid an Lucía Pérez in Argentinien anprangerte. Die 16-Jährige war am 8. Oktober des Jahres vergewaltigt, gefoltert und letztendlich gepfählt und ermordet worden. Am darauffolgenden Tag wurde einer Kundgebung des *Encuentro Nacional de Mujeres* mit extremer Polizeigewalt und Repression begegnet. Diese Ereignisse brachten das Bündnis *Ni Una Menos* dazu, einen nationalen Frauen*streik auszurufen.⁷ Der Streik stellte die Gewalt gegen FLINTA*s in einen breiten ökonomischen und sozio-politischen Kontext. Die Idee ging viral und es gab unter dem Motto *Ni Una Menos* solidarische Proteste in vielen lateinamerikanischen



Margaretha Briski

Ländern und in Spanien.⁸

Im Jahr darauf gingen am 8. März 2017 Millionen Menschen zum ersten weltweiten feministischen Kampftag auf die Straße und protestierten. Dabei benutzten sie viele kreative Mittel wie Performances, Banner oder Schilder.⁹ Der Streik hatte ein immenses Ausmaß angenommen, war aber nur der Auftakt für den 8M-Streik 2018. Insgesamt fanden in 177 Ländern weltweit Demonstrationen statt.¹⁰ Zum Beispiel beteiligten sich in Spanien sechs Millionen Menschen, was den größten Streik europaweit darstellte.¹¹ Unter dem Motto „Wenn wir streiken, steht die Welt still“¹² wurde mit wochenlanger Planung der feministische Generalstreik ausgerufen, mit dem eine Arbeitsniederlegung gefordert wurde und Lohnarbeit sowie häusliche Arbeit, Care-Arbeit usw. bestreikt werden sollten.

Der große feministische Streik wurde von seiner internationalen Dimension konstituiert. Global wurde gegen vergeschlechtlichte Gewalt protestiert und eben diese politisiert. Die argentinische Sozialwissenschaftlerin und Aktivistin Verónica Gago beschreibt drei Aspekte dieser Politisierung. Zunächst die Ermächtigung, dass sich FLINTA*s gegen die ihnen zugeschriebene Rolle des Opfers auflehnen und als politische Subjekte agieren. Ein weiterer Punkt ist, dass sie Aufmerksamkeit darauf lenken, dass nicht nur die klassische Lohnarbeit Arbeit darstellt, sondern u. a. auch Care-Arbeit bestreikt wird und ebenso von Ausbeutung und Diskriminierung determiniert ist. Der Streik wird so organisiert, dass diverse Lebensrealitäten Gehör finden und abgebildet werden.¹³

Den transnationalen feministischen Streik machen drei Dimensionen aus: Erstens muss ein Streik als Prozess verstanden werden, der Organisation und gemeinsames Handeln erfordert. Er ist die „historische Akkumulation früherer Kämpfe“¹⁴ und soll kein einmaliges Ereignis sein, sondern darüber hinaus zur Vernetzung und Organisation anregen. Er breitet sich über das Ereignis des Streiks an sich zeitlich aus, findet auch im Privaten statt und wird immer wieder weiter reproduziert. Es werden Kollektivität und Gemeinschaft geschaffen.¹⁵

Zweitens wird eine Intersektionalität von Kämpfen gegen Prekarität abgebildet und ihre Transnationalität sichtbar gemacht. Femi(ni)zide und vergeschlechtlichte Gewalt sind keine Einzelgänger, sondern haben systemische Wurzeln. Der Streik ist vielfältig und vertritt nicht nur einen feministischen Standpunkt, sondern zudem die Dimensionen von Klasse und Kolonialismus und hat das Ziel, jegliche Formen von Diskriminierung zu bekämpfen. Es wird ein

erweitertes Verständnis von Arbeit vertreten und beim Streik nicht nur die klassische Lohnarbeit niedergelegt, sondern auch Care- und Reproduktionsarbeit oder Arbeit in der informellen Ökonomie. Der Streik verweist auf die darin eingeschriebenen systemischen Ausbeutungs- und Gewaltverhältnisse.¹⁷

Ein dritter Punkt ist der Aspekt der Körper, welche durch patriarchale Gewalt unterdrückt werden und sich genau gegen diese erheben. Der Wunsch nach Autonomie und Unabhängigkeit von FLINTA*s motiviert den Streik. Er ist eine Reaktion auf die vergeschlechtlichte Gewalt und artikuliert sich gegen sie, obwohl es gerade ihr Ziel ist, FLINTA*s zu unterdrücken und mundtot zu machen. Auf diese Art und Weise nehmen sie die ihnen zugeschriebene Opferrolle nicht an und wehren sich. Der Streik kann als Gegenmacht zur patriarchalen Gewalt, die vielfach auf die Körper der FLINTA*s wirkt, und als Ausdruck vom Wunsch nach Autonomie dieser Körper angesehen werden. FLINTA*s kreieren kollektiv einen Körper, der gegen seine Unterdrückung kämpft.¹⁸ Gago nennt den Spruch: „Tocan a una, tocan a todas. Rühren sie eine an, rühren sie alle an.“¹⁹

Der Streik bedeutet nicht nur Trauer, sondern symbolisiert die kollektive Kraft des transnationalen feministischen Kampfes und steht für Stärke durch Vielfalt.²⁰ Diese Kämpfe sind nicht nur zuletzt in den aktuellen Protesten im Iran wiederzufinden, sondern finden tagtäglich im Privaten statt.

Raus zum 8M – jeder Tag ist 8M

Alina Siemering

1 Unter einem Femi(ni)zid oder Feminizid wird die Tötung von FLINTA*-Personen aufgrund ihres Geschlechts verstanden. Es ist die äußerste Zuspitzung von vergeschlechtlichter Gewalt. Der Begriff soll die Struktur hinter patriarchaler Gewalt sichtbar machen und diese nicht als zufällige voneinander losgelöste Einzelfälle abtun (Russell 2011).

2 Der Begriff Femi(ni)zid wird im angloamerikanischen Raum verwendet und der Begriff Feminizid stammt aus einem lateinamerikanischen Kontext. Bei Letzteren werden explizit staatliche Strukturen als Teil des Problems adressiert (Koss 2021). Um beiden Begriffen und Hintergründen gerecht zu werden, verwende ich im Rahmen dieses Artikels den Begriff Femi(ni)zid.

3 Kern, Leslie (2020): *Feminist City*. Münster: UNRAST-Verlag, S. 129.

4 Gago, Verónica (2021): *Für eine feministische Internationale*. Münster: Unrast Verlag.

5 Karl, Michaela (2011): *Die Geschichte der Frauenbewegung*. Ditzingen: Reclam. Sachbuch, S. 9.

6 Lorey, Isabell (2018): *8M – der große feministische Streik*. Wien: transversal texts, S. 9.

7 Ebd., S. 10.

8 Branigan, Claire und Palmeiro, Cecilia (2018): *Women Strike in Latin America and Beyond*. In: *NACLA* 08.03.2018. Letzter Zugriff am 18.01.2023 unter: <http://bit.ly/3QNhCOL>.

9 Lorey, 8M, S. 11–12.

10 Bodenber, Sophia (2017): *#NiUnaMenos – im Kampf gegen Frauenmorde*. Deutschlandfunk 21.06.2017. Letzter Zugriff am 29.09.2022 unter: <https://bit.ly/3XjYzOz>.

11 Nichols, Dick (2018): *„Wenn wir streiken, steht die Welt still.“ Wie der spanische Frauenstreik zum Erfolg wurde*. Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. Letzter Zugriff am 27.09.2022 unter: <https://bit.ly/3GPN9e7>.

12 Lorey, 8M, S. 17–18.

13 Nichols, *Wenn wir streiken*.

14 Gago, Verónica (2018): *#NosotrasParamos*. Notizen zu einer politischen Theorie des feministischen Streiks. In: Lorey, Isabell: *8M – der große feministische Streik*. Wien: transversal texts, S. 29–30.

15 Gago, *Für eine feministische Internationale*, S. 19.

16 Lorey, 8M, S. 35ff.

17 Lorey, 8M, S. 11.

18 Gago, *#NosotrasParamos*, S. 28–32.

19 Ebd., S. 27–28.

20 Lorey, 8M, S. 12.

MANCHMAL SIND ES DIE KLEINEN REVOLUTIONEN

Protest bedeutet, Dinge nicht länger hinzunehmen, wie sie sind, sondern dagegen zu kämpfen. Das passiert auf der Straße oder durch Aktionen, aber oftmals bleibt dabei etwas ganz Wesentliches auf der Strecke: unsere Beziehungen.

In diesem Artikel soll es aber nicht nur um Beziehungen, sondern vielmehr um Beziehungsweisen gehen. Also die Art und Weise, wie Beziehungen geknüpft, gelebt, hinterfragt, verschoben, neu gedacht oder anders gelebt werden.

Bini Adamczak schreibt: „Soziale Transformation bedeutet Verschiebung von Beziehungen“¹ – dieser Sache möchte ich auf den Grund gehen. Wie können unterschiedliche Beziehungsweisen dazu führen, emanzipatorisches Potenzial zu befeuern oder im Keim zu ersticken? Wie können wir Beziehungsweisen denken, ohne in die Falle einer neoliberalen Vereinzelung zu tappen?

Wenn wir Beziehungen als Kern von Veränderung verstehen, dann wird deutlich, dass Handlungsmacht nicht von Einzelpersonen ausgeht, „(...) sondern aus Verbindungen hervorgeht“². Deshalb will ich eine andere Art des Protests sichtbar machen, die sowohl medial als auch in Freund*innenkreisen wenig Aufmerksamkeit erfährt und oft unterschätzt wird: den Protest innerhalb sozialer Beziehungen. Protest kommt ursprünglich vom italienischen *protesto*, was so viel wie Einspruch bedeutet. Das heißt, dass mensch nicht einverstanden ist, Dinge länger hinzunehmen, und das auch deutlich kommuniziert. Ich durfte erfahren, was daraus entstehen kann, wenn zwei oder mehrere Menschen beschließen: So geht es nicht weiter. Und ich musste erfahren, wie es sich anfühlen kann, wenn Menschen sich vor Ungerechtigkeiten innerhalb von Beziehungen



Margaretha Briski

einfach wegducken und andere allein lassen – davon kann ich mich selbst gar nicht ausnehmen. Zwei dieser Lernsituationen möchte ich mit euch teilen.

1. Der Wut einen Raum geben

Vor rund einem Jahr haben eine befreundete Person und ich extrem viel Wut im Bauch gehabt. Bei uns beiden sind nahe Beziehungen wegen Übergriffen in die Brüche gegangen und wir wussten, dass die Wut irgendwo hin muss. Auf die Straße war zu wenig, vor allem, wenn die Täter bei der Demo mitlaufen. In die zwischenmenschlichen Beziehungen konnte sie auch nicht getragen werden, denn es gab kein Dazwischen mehr und die Beziehung zueinander löste sich immer weiter auf. Was also tun?

Wir entschlossen uns, einen FLINTAQ*⁴-Ragespace-Workshop ins Leben zu rufen, bei dem wir uns mit Schlag- und Schreitechniken gemeinsam mit Wut auseinandersetzten. Wut ist ein Gefühl, das oft unterdrückt wird. Wir haben mit diesem Workshop einen kollektiven Raum geschaffen, in dem mit individueller Wut gemeinschaftlich umgegangen wurde. Alles durfte da sein und wir waren füreinander da. Genau dadurch ist ein Raum entstanden, der vielen Menschen Kraft gegeben hat.

2. Patriarchale Politgruppen-Enttäuschung

Content Note: In diesem Beispiel wird von psychischer und physischer Gewalt geschrieben, es wird jedoch nicht detailliert beschrieben, was vorgefallen ist.

Politgruppen sollen Handlungsmacht und gemeinsames Lernen ermöglichen. Meistens sind sie genau wie jede andere Gruppe: Es gibt Probleme, zwischenmenschliche Spannungen, aber auch gemeinsames Lachen und Spaß. Doch als die ersten Herausforderungen kamen, die durch altbewährte Muster erzeugt wurden – sexualisierte Übergriffe auf Partys und psychische Gewalt gegenüber Menschen von anderen Gruppen – blieb die Gruppe still und tat nichts. Die Betroffenen wurden allein gelassen, während der Rest der Gruppe weiter auf feministische Demos ging. Es wurde erst zugehört, als die extremen Auswirkungen auf die Betroffenen deutlich wurden.⁵ Das Patriarchat steckt eben auch ‚im Kleinen‘, in unseren Beziehungen, und das heißt, dass wir doppelte politische Arbeit leisten müssen: nach außen und nach innen. Wie wir miteinander umgehen, ist politisch. Patriarchale Gewalt fängt nicht erst bei sexualisierten Übergriffen an.⁶ Ich kann und will mich von der Gruppendynamik nicht ausnehmen – umso wichtiger ist es mir, diese Erfahrungen zu teilen.

Den Beziehungsweisen auf den Grund gehen

Ohne dass wir unsere Beziehungen zueinander revolutionieren und gegen Unterdrückungsmuster im Kleinen ankämpfen, wird es nie eine Revolution im Großen geben. Denn die Beziehungsweisen sind Basis von Solidarität, indem wir zeigen, dass wir einander wichtig und füreinander da sind.⁷ Letztendlich geht es darum, wie wir uns zueinander in Beziehung setzen. Wenn wir das nicht mitdenken, bleibt eine Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse aus. Denn bei Verhältnissen geht es um das Dazwischen. Im Ragespace sind wir für die eigene Wut eingestanden und haben die Wut anderer gefeiert. Im zweiten Beispiel hat eine Gruppe von Menschen zwar feministisch performend „Smash the Patriarchy“ auf

einer Demo gebrüllt, doch wenn der Slogan nicht von allen Beteiligten mit nach Hause und in die eigenen Beziehungen übertragen wird, bleibt er eine leere Worthülse.

Wenn wir zueinanderstehen, brechen wir binäres Denken zwischen Individuum und Kollektiv, zwischen Privatheit und Öffentlichkeit auf, indem wir die Konzepte konstant vermischen und im Raum dazwischen agieren. Dadurch schaffen wir Solidarität. Im ersten Beispiel kommen Menschen zusammen, im zweiten wurden sie auseinandergetrieben. Damit kollektive Organisation möglich wird, braucht es das Zulassen von Emotionen, das Eingestehen von Fehlern und den Willen zur Aufarbeitung, um ein Totschweigen zu vermeiden. Denn Verletzlichkeit ist eines der Risiken, die wir eingehen müssen, wenn wir echte Verbindungen schaffen wollen. Auseinandersetzung tut weh, aber das ist auch gut so, denn nur so können wir lernen, die Barrikaden in unseren Köpfen einzureißen. Es bedeutet viel emotionale Arbeit, aber das ist es wert. Denn das eigentlich Interessante ist, was dann hinter diesen Barrikaden passiert. Dazu ein Auszug aus einem Lied:⁸

„Vergiss, dass wir nicht viele sind!
Vergiss nicht, dass wir viele sind!
Vergiss nicht, was du brauchst
und ich versuch das auch
Denn manchmal werden sie es schaffen
uns zu brechen, uns zu schaden,
doch dann werd ich für dich da sein
– Hinter den Barrikaden“

Dass wir uns umeinander kümmern, ist der Albtraum eines Patriarchats, das in Verflechtungen mit anderen Unterdrückungssystemen wie Rassismus, Ableismus oder Kapitalismus darauf zählt, dass wir in die Vereinzelung gedrängt werden. Denn es gibt nichts Ungefährlicheres für eine bestehende Ordnung als Menschen, die sich alleine und verlassen fühlen. Dann können sie sich nämlich nicht organisieren und eine Gegenmacht aufbauen. Damit sich die Verhältnisse ändern, müssen sich auch unsere Verhältnisse zueinander ändern. Denn manchmal sind es die kleinen Revolutionen, die wirklich etwas bewegen.

Chris Empe (keine Pronomen)

1 Adamczak, Bini: *Beziehungsweise Revolution – 1917, 1968 und kommende*. Berlin 2021, S. 245.

2 Ebd., S. 255.

3 Digitales Wörterbuch der Deutschen Sprache. *Protest*, der. URL: [bit.ly/3iUbS9a](https://www.digitales-waerterbuch.de/Protest) (Zugriff 19.01.2023).

4 FLINTAQ* steht für Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans, agender, questioning Personen und das Sternchen für weitere Menschen, die sich als genderqueer verstehen. Es gibt viel wichtige Kritik an dem FLINTAQ*-Begriff, beispielsweise zu finden bei: Minzgespinnst, FLINTA* Potential und Grenzen. URL: bit.ly/3Xs8l7 (Zugriff 20.01.2023) quintohumans, Kritik an der Nutzung von FLINTA. URL: bit.ly/3XoKGON (Zugriff 20.01.2023) biteback, Was bedeutet die Einladungspraktik „FLINTA* only“ für dieses Camp? URL: bit.ly/3GWfeR7 (Zugriff 20.01.2023) Winkler, Ronan, Männer sind nicht das Patriarchat – warum ich nicht in FLINTA* Spaces gehe. URL: bit.ly/3Hjmsky (Zugriff 20.01.2023).

5 Das deutet auch auf das hin, was Kai Cheng Thom als Sprache der Extreme nennt: Erst, wenn Dinge extrem drastisch werden, wird wirklich zugehört.

Kai Cheng Thom, *I hope we choose love*. Vancouver, 2019, S. 59.

6 Einen Überblick bietet dazu das klassische Eisbergmodell, siehe zum Beispiel: Frauen* beraten Frauen*, Ist das schon Gewalt? URL: bit.ly/3GUfGzi (Zugriff: 20.01.2023)

7 Adamczak, *Beziehungsweise Revolution*, S. 266.

8 Lyrics Translate, *Revolte Springen*, Liedtext: *Hinter den Barrikaden*. URL: bit.ly/3ZOVjm2 (Zugriff: 20.01.2023).

ALLE SIND WILLKOMMEN – ABER MANCHE MEHR ALS ANDERE

Viele Protestorganisationen behaupten, bei ihnen wären alle willkommen – stellen dabei aber behinderten Menschen immer noch Barrieren in den Weg. Wie inklusiver Protest gelingen kann.

Als ich 16 war, ging es mir wie vielen Jugendlichen. Ich war mit der ganzen Welt unzufrieden und wollte das System am liebsten eigenhändig stürzen. Also versuchte ich mich im politischen Protest. Ich ging auf Demonstrationen und schloss mich nacheinander unterschiedlichen Organisationen an. Obwohl ich voller Tatendrang war und eine genaue Vorstellung davon hatte, was mich an der Welt störte und wie ich sie haben wollte, war ich schnell wieder entmutigt. Denn der klassische Typus des:der politischen Aktivist:in ist laut, extrovertiert und hat ein gesundes Selbstbewusstsein. In Diskussionen ging ich sofort unter, für die sehr kommunikationslastige klassische politische Arbeit – Flyer-Verteilen, Leute überzeugen, an Demonstrationen teilnehmen – war ich überhaupt nicht geschaffen. Meine Energiereserven waren recht bald aufgebraucht, also konnte ich nie so viel beitragen wie die anderen. Ich nahm mich selbst nie wirklich als Teil des Teams wahr und schied nach kurzer Zeit wieder aus.

Was ich damals noch nicht wusste: dass ich Autistin bin. Ich kann nur vermuten, dass meine Mitstreiter:innen darauf Rücksicht genommen hätten, wenn sie es gewusst hätten. Dennoch, die österreichischen Protestorganisationen sind auf die Teilhabe neurodivergenter Menschen nicht vorbereitet. Ich jedenfalls gab den Aktivismus bald wieder auf. Dabei sehe ich mich im Alltag nicht einmal als besonders stark eingeschränkt. Welchen Platz haben dann erst Menschen mit schweren Behinderungen in politischen Bewegungen?

Für diesen Artikel sprach ich mit Aktivist:innen mit Behinderungen, Inklusionsaktivist:innen und Vertreter:innen politischer Organisationen. Das Ergebnis war ernüchternd. Ich kontaktierte acht Organisationen – *Extinction Rebellion Österreich*, *Fridays for Future Österreich*, *Erde brennt*, *Rise Up 4 Rojava*, *Letzte Generation Österreich*, *Es reicht!*, *Vienna Pride* und *Radeln for Future*. Nur *Extinction Rebellion*, *Fridays for Future* und *Letzte Generation* waren überhaupt zu einem Gespräch bereit. Gemein haben aber alle Bewegungen, dass sie kaum Maßnahmen für Barrierefreiheit setzen.

Für Online-Inhalte gibt es zum Beispiel die *Web Content Accessibility Guidelines* (WCAG). Viele der dort empfohlenen Vorkehrungen wären ohne großen Ressourcenaufwand umsetzbar. Zum Beispiel sollte darauf geachtet werden, dass Websites von Bildschirmlesegeräten gelesen werden können. Das ist gar nicht so schwierig, in den

meisten Fällen reicht es schon, auf aufwendige Grafiken zu verzichten und für Bilder Alternativtexte einzufügen. Das geht übrigens auch auf *Instagram*. Trotzdem wird von den meisten von mir untersuchten Organisationen weder das eine noch das andere umgesetzt. „Das ist dann halt fad“, sagt dazu Philipp, ein Aktivist, der selbst eine Sehbehinderung hat.

Auch sonst sieht es eher mau aus. Zwar haben die meisten Videos inzwischen Untertitel – auch wenn diese oft automatisch erzeugt sind, aber einzig *Fridays for Future* bietet Texte in einfacher Sprache an. Und selbst die beinhalten noch immer so viele Fremdwörter, dass sie für Menschen mit Lernbehinderungen kaum verständlich sind.

Und was wird sonst so getan, um behinderte Menschen zu inkludieren? Nicht viel. Alle drei Vertreter:innen der Organisationen, mit denen ich sprach, gestanden mir, dass Barrierefreiheit bei ihnen einen sehr geringen Stellenwert hat. Auch wenn Valerie von *Fridays for Future* und Bernd von *Extinction Rebellion* angaben, dass es ihnen eigentlich wichtig wäre. Stattdessen versicherten sie mir alle, dass man darauf eingehe, sobald der Bedarf da ist – also, wenn sich Menschen mit Behinderungen zur Mitarbeit in der Organisation melden und selbst um Anpassungen bitten. Das ist laut Katharina Müllbner vom Behindertenverein BIZEPS aber nicht genug. Denn: „Es kann sich niemand melden, wenn sie die Information nicht bekommen.“

Sie sieht die Verantwortung aber nicht nur bei den Organisationen: „Es würde sich ja vieles von selbst bearbeiten, wenn Menschen mit Behinderung von vornherein mehr in der Gesellschaft drin wären. Wenn es ganz normal wäre, dass man mit behinderten Menschen in den Kindergarten geht, dann wäre es selbstverständlich, dass du sie im Fokus hast.“

Und: „Ein großer Mangel an Inklusion ist das Fehlen von Information. Nicht allen ist alles zugänglich. Und wenn ich nicht darüber informiert bin, dass es mit der Umwelt schlecht steht, weil ich die Nachrichten nicht verstehe, dann werde ich mich auch nicht für die Umwelt einsetzen.“

Und wie ist es jetzt so, als behinderter Mensch politisch aktiv zu sein? Philipp sagt dazu: „Man wird überall sehr positiv aufgenommen. Die Leute finden das immer sehr toll, wenn man das trotzdem macht.“ Aber: „Wirklich eingebunden fühle ich mich nicht. Die Leute sagen dann halt einmal so was wie ‚Super, dass du auch dabei bist‘, direkt zu mir, und dann reden sie wieder untereinander. Für mich ist das dann so ein Stimmengewirr, und selbst bin ich ein bisschen im Abseits.“



Anika Leodolter

Auf Demonstrationen nimmt sich Philipp immer einen Buddy mit. Den muss er sich aber selbst organisieren. Wie Veranstalter:innen das besser machen könnten? Gut wäre es, eine Ansprechperson für Menschen mit Behinderung zu organisieren und auch klar zu kommunizieren, dass es diese Person gibt und wo sie sich befindet.

Eine ähnliche Idee hat auch Pia, eine Autistin. Sie würde immer gern auf die *Pride Parade* gehen, kann das aber nicht, weil dort die Reizüberflutung viel zu hoch ist. „Ich kann, wenn, dann nur ganz hinten im Zug mitgehen, leider. Was eigentlich megaschade ist, weil so viele Neurodivergente ja auch queer sind.“ Was helfen könnte, wäre ein eigener reizärmerer Block, der weiter weg von den Wägen mit Musik mitgeht, und in dem es keine Sprechchöre gibt. Und eben Care-Personen, die die Teilnehmenden auch mit Wasser, Oropax und Ähnlichem versorgen können.

Eine andere Idee wäre, behinderte Menschen in der Organisation ausdrücklich willkommen zu heißen und transparent zu machen, welche Vorkehrungen für welche Behinderungen getroffen werden.

Aber wie stehen die Chancen, dass diese Maßnahmen in näherer Zukunft umgesetzt werden? Hier gehen die Meinungen auseinander. Müllbner hat da keine großen Hoffnungen: „Es wird immer viel überlegt, Programme ausgearbeitet und so, die aber nie umgesetzt werden.“

Inklusionsaktivist:in und Betreiber:in des Instagram-Accounts *@radikalbehindert* Sascha wiederum sieht das anders: „In den letzten Jahren kommt mir schon sehr vor, dass in der linken Bubble viel mehr über Inklusion gesprochen wird und viel mehr Bewusstsein entsteht über psychische Krankheiten, kognitive Unterschiede, physische Behinderungen – also da bin ich schon sehr optimistisch.“

Und das ist auch dringend notwendig. Denn: Protest ist ein Grundrecht. Und wenn eine so große Gruppe aus diesem Prozess ausgeschlossen wird, haben wir als demokratische Gesellschaft versagt.

Felicia Steininger

PROTEST LOHNT SICH WAS ZEICHNET DEN AKTIVISMUS GEGEN FEMIZIDE IN ÖSTERREICH AUS?



Margaretha Briski

Österreich ist das Land der Femizide. In keinem anderen EU-Staat sonst werden mehr Frauen als Männer ermordet.¹ Jede dritte Frau in Österreich erlebt körperliche und/oder sexuelle Gewalt,² jede fünfte trans Person ist von psychischer und physischer Gewalt betroffen.³ Weite Teile der österreichischen Medienlandschaft verschleiern die Lebensrealität von Frauen und trans Menschen, indem sie verharmlosend oder hetzerisch über die ihnen zugefügte Gewalt berichten. In den letzten Jahren haben sich zahlreiche Gruppen, Kollektive und Organisationen gebildet, die diesen unerträglichen Zustand nicht hinnehmen wollen. Was zeichnet den Protest gegen Femizide aus? Und kann durch Demonstrationen und aktivistische Interventionen eine Veränderung herbeigeführt werden?

1 Hagen, Lara; Ruep, Stefanie; Scherndl, Gabriele: Femizide in Österreich: Land der toten Frauen, in: Der Standard, 06.05.2021. URL: <https://tinyurl.com/5n6uku3f>.
2 AÖF: Zahlen und Daten. Gewalt an Frauen in Österreich, Stand Februar 2023. URL: <https://tinyurl.com/arhye5bw>.
3 Klagsverband: Weltweit Morde an Transgender-Personen, 20.11.2020. URL: <https://tinyurl.com/2jwb-z2e2>.

In vielen Fällen wirkt Protest am effektivsten, wenn Auslöser und Betroffene klar definiert sind sowie Unzufriedenheit und mögliche Lösungsansätze direkt adressiert werden können.⁴ Das gestaltet sich allerdings in Bezug auf Femizide komplizierter, denn hinter den Tätern steht ein patriarchales System, das als Ganzes überwunden werden müsste, um Gewalt gegen Frauen zu beenden. Auch die korrekte Benennung stellt ein Problem dar: Während manche auf dem Begriff ‚Frauenmord‘ bestehen, wählen andere den Ausdruck ‚Femizid‘ – das heißt die „Ermordung einer Frau aufgrund ihres Geschlechts“.⁵ Das Wort ‚Feminizid‘ deutet auf die strukturelle Ebene patriarchaler Gewalt hin und inkludiert die Ermordung nicht-binärer, trans sowie agender-Personen. Diese Bedeutungsebene fehlt dem Begriff ‚Frauenmord‘ vollständig. Die *Krone* – auflagenstärkste Zeitung Österreichs – verwendet das Wort ‚Femizid‘ nicht. Auf ihrer Website gibt es lediglich die Themenschwerpunkte ‚Frauenmord‘ und ‚Familientragödie‘. Unter diesen beiden Schlagwörtern wird zusammengefasst, was eigentlich auf keinen Fall verwechselt werden darf: Unglückliche Todesfälle, Familienstreitigkeiten, Eheprobleme und Femi(ni)zide. Betroffene werden durch die Vermischung mit völlig anderen Tatbeständen unsichtbar gemacht, Täter werden nicht als solche benannt und somit geschützt. Weite Teile der österreichischen Medienlandschaft tragen mit der Weigerung, Femi(ni)zide als solche zu benennen, strukturell zur öffentlichen Verdrängung von Gewalt gegen Frauen bei.

Protest gegen Femi(ni)zid-Berichterstattung

Am 7. Juli 2021 betritt die *Wiener Einsatzgruppe feministische Alarmabteilung* – kurz WEFA – das Verkaufsbüro der Boulevardzeitung *oe24*. Die etwa 15 Aktivist:innen entfalten ein Banner mit dem Titel „Hier habt ihr euren Rosenkrieg“, rufen Parolen wie „Man(n) tötet nicht aus Liebe – stoppt Femizide“, verteilen Flugblätter und kritisieren per Lautsprecher die sexistische Femizid-Berichterstattung von *oe24* und anderen Boulevardblättern. Die Protestaktion kann über einen Live-Stream mitverfolgt werden: Ein *oe24*-Mitarbeiter wirkt sehr verärgert und stößt eine Aktivistin, ohne von dieser angegriffen worden zu sein. Nach etwa 15 Minuten verlässt die Gruppe das Gebäude freiwillig. Unmittelbar nach dem Ende der Protestaktion veröffentlicht *oe24* einen Artikel⁶ über die „Besetzung“ ihrer Räumlichkeiten, der im Hinblick auf journalistische Standards fragwürdig ist – es wird beispielsweise behauptet, mehrere Mitarbeiterinnen seien körperlich attackiert worden. Diese körperlichen Angriffe sind im Live-Stream nicht ersichtlich. Die Protestaktion wurde als „Anschlag“ auf die Medienfreiheit bezeichnet, und in einer vermeintlichen „Stellungnahme“ zeigt sich Kanzler Karl Nehammer bestürzt und verurteilt die Protestaktion.⁷ Die Argumentationslinie von *oe24* – die Darstellung ziviler und gewaltfreier Kritik als antidemokratischen Anschlag – fungiert als Diffamierung der Anliegen der Aktivist:in-

4 Wie etwa die Proteste gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf im Jahr 1978.
5 Hofmann, Barbara: Warum töten Männer Frauen und welche Maßnahmen braucht es, um Femizide zu verhindern? URL: <https://tinyurl.com/38rxxw8h>.
6 Linksextreme Anarchos wollten *oe24*-Verkaufsbüro stürmen, 07.07.2021. URL: <https://tinyurl.com/2warxups>.
7 Diese vermeintliche Stellungnahme wird in keinem anderen Bericht über die Protestaktion erwähnt.

nen. Die WEFA selbst berichtet in einem Zeitungsartikel folgendermaßen über ihren Protest: „Während der Aktion wurden wir von einem besonders aggressiven Mitarbeiter drangsaliert, der uns beschimpfte, bedrohte und eine Aktivistin körperlich attackierte. [...] Draußen erwarteten uns zahlreiche Polizist:innen, die uns verfolgten und mit dem Einsatz von Tasern drohten.“⁸ Obwohl kein:e der Aktivist:innen verhaftet wurde, kann die drastische Vorgehensweise der Polizei als Einschüchterungstaktik verstanden werden.

Gesellschaftliche Veränderung trotz Repression?

Geht es um öffentlichkeitswirksame Protestaktionen gegen Femi(ni)zide, müssen Aktivist:innen in vielen Fällen mit Repression rechnen. Das feministische Bündnis *Claim the Space* organisiert regelmäßig Gedenkkundgebungen am Karlsplatz, um die in Österreich verübten Femizide zu betrauern und auf alltägliche patriarchale Gewalt aufmerksam zu machen. In einem Interview berichten Aktivist:innen, dass sie von der Polizei nicht ernst genommen, bedrängt oder sexistisch angefeindet werden. Es stand sogar im Raum, die Kundgebungen zu verbieten, „obwohl sie rechtlich als spontane Versammlung zulässig“ sind.⁹ Trotz anhaltender Bedrohung vonseiten der Polizei gibt es immer wieder öffentliche Interventionen, die mit Strategien wie martialischem Auftreten, Besetzungen oder Namensnennung der Mordopfer die Aufmerksamkeit von Zeitungen und sozialen Netzwerken auf sich ziehen.

Das Generieren von Aufmerksamkeit kann bei einem so tabuisierten Phänomen wie Femiziden sogar Leben retten: Ein kleiner Erfolg ist beispielsweise, dass immer mehr Maßnahmen gegen häusliche Gewalt in Anspruch genommen werden, etwa Beratungen in Gewaltschutzzentren oder der Erlass von Betretungsverboten. Die Gewaltschutzzentren weisen darauf hin, dass dies kein Indiz für einen Anstieg gewalttätiger Übergriffe, sondern vielmehr Zeichen einer steigenden Sensibilisierung in Bezug auf patriarchale Gewalt und mögliche Hilfsangebote ist.¹⁰ Obwohl die Auswirkungen von Protestaktionen wie die regelmäßig stattfindenden Femizid-Gedenkkundgebungen oder öffentlichen Interventionen nicht genau nachvollzogen werden können, ist es feministischen Aktivist:innen zu verdanken, dass patriarchale Gewalt durch medienwirksame Aktionen sichtbar gemacht wird. Die Zusammenhänge und Kontinuitäten zwischen Patriarchat, Sexismus, häuslicher Gewalt und Femi(ni)zid immer wieder auszusprechen, ist Grundlage für eine gesellschaftliche Aufarbeitung sowie für die Bekämpfung patriarchaler Gewalt.

Wer von patriarchaler und/oder häuslicher Gewalt betroffen ist, kann sich hier melden und niederschwellige Hilfsangebote in Anspruch nehmen: 0800 222 555.

Leonie Pürmayr

8 Volksstimme: Septemberausgabe 2021.
9 AG Feministischer Streik: Wer hinter den Demos gegen Femizide am Karlsplatz steckt, 15.06.2021. URL: <https://tinyurl.com/zjsrw832>.
10 Zeit im Bild (Instagram): Häusliche Gewalt: Mehr Betretungsverbote und Beratungen. URL: <https://tinyurl.com/48cx467>.

OHNE SOLIDARITÄT KEIN PROTEST

Denken wir an Protest, dann denken wir meist an erhobene Fäuste, selbstgemalte Banner, Menschen, die Parolen skandieren und vielleicht auch die ein oder andere Form von Gewalt. Wenige denken an Kinderbetreuung, Essen kochen oder in Gerichtssälen zu sitzen und mitzuschreiben. Das liegt daran, dass wir bei Protesten eher an die Äußerung von Widerspruch denken. Aber was ist die Grundlage von Protest? Wut? Mut? Unzufriedenheit? Das sind sicher alles Antworten auf die Frage, aber sie blenden eine wichtige Grundbedingung für Protest aus: Solidarität.

Solidarität bedeutet alles und nichts. Das Wort ist positiv besetzt und doch unkonkret. Eine Worthülse. Aber von dieser Solidarität schreiben wir nicht. Wir meinen Solidarität als Praxis – als Support im Kontext von Protest. Das Übernehmen von Care-Arbeit, um Genoss_innen für den politischen Kampf zu entlasten und eben auch das Beobachten von Gerichtsprozessen. Aber zunächst: Wer protestiert eigentlich und warum?

Umweltzerstörung, Rechtsruck, prekäre Arbeitsverhältnisse, Rassismus. Das sind alles Gründe, die Menschen zu Protest bewegen. Es scheint, als handle es sich um mehr oder weniger überschneidungsfreie Anstöße, die ein Gefühl von Ungerechtigkeit eint. Abgesehen davon, dass es keine individuelle Betroffenheit braucht, um gegen herrschende Zustände aufzubegehren, ist die Gemeinsamkeit, dass das zugrundeliegende Übel systemimmanent ist. Mit Systemimmanenz¹ ist gemeint, dass die Missstände durch die ‚moderne Staatsform‘ nur eingehegt, aber nicht nachhaltig bekämpft werden können. Die Wurzeln des Problems berühren die Grundfesten des Staates. Umweltzerstörung und prekäre Arbeitsverhältnisse sind Konsequenzen des Kapitalismus, welcher gerne als ‚soziale Marktwirtschaft‘ geframed² wird. Eine Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft auf Grundlage der Annahme, dass Natur eine ‚zu verwertende Ressource‘ sei und menschliche Arbeitskraft den Profitinteressen von Unternehmen zu dienen habe, kann nicht von der Ausbeutung von Mensch und Natur getrennt werden. Und das Konstrukt eines demokratischen Nationalstaats bereitet bereits den Boden für rechtes Gedankengut. Denn der nationale Gründungsmythos³ ist eine völkische Erzählung. Rassismus kann nicht überwunden werden, wenn der Kolonialismus europäischer Staaten, zu dessen Rechtfertigung er ersonnen wurde, nicht gesamtgesellschaftlich aufgearbeitet wird. Der Staat würde durch radikale Bekämpfung der beschriebenen Umstände sein eigenes Fundament untergraben.

Der Staat hat per Verfassung das Gewaltmonopol. Er behält sich das Recht vor, zur Durchsetzung der Ordnung Gewaltformen anzuwenden, die für die einfachen Menschen unter Strafe verboten sind. Wir sehen, dass der Staat ein Problem damit haben muss, wenn Protest zu radikal wird, wie etwa, wenn Umweltbewegungen den Ka-

pitalismus selbst in Frage stellen. Ebenso ist jede Form von ‚Selbstjustiz‘ im Keim zu ersticken, um das Gewaltmonopol glaubwürdig aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus bestehen formelle wie informelle Kooperationen – mit Akteur*innen, die durch radikale Kritik ‚geschädigt‘ werden könnten. Man denke nur an die als Lobbyismus legitimierte und weitgehend akzeptierte Form der Korruption. Wie die Bilanz aus dem Lobbyregister in Deutschland zeigt, ist es gerade die Finanzlobby, die großen Einfluss auf die Politik nimmt und dadurch erwirken kann, dass ihr Geschäftsbereich beispielsweise durch die Gesetzgebung nicht gefährdet wird.⁴

Ein Mittel gegen unliebsamen Protest ist Macht. Macht ist nach Max Weber die Möglichkeit, den eigenen Willen durchsetzen zu können,⁵ notfalls auch gegen den Willen anderer. Der Einsatz von Macht, ob missbräuchlich oder nicht, gegen Individuen oder Menschengruppen, wird als Repression bezeichnet. Diese kann vielfältig ausfallen: Schikane durch Polizeikontrollen, Verhaftungen, Geldstrafen und vieles mehr. Antifaschistischer Protest ist immer wieder Ziel von Repression, denn dieser richtet sich gegen die Vorbedingungen des Faschismus in unserer Gesellschaft.⁶ Weiters begnügen sich Antifaschist_innen meist nicht damit, die wildesten Auswüchse des Systems zu skandalisieren und zu bekämpfen, sondern fordern das gute Leben für alle – also die Beseitigung des Kapitalismus. Und zu guter Letzt trauen sie dem Staat nicht zu, aufkeimenden Faschismus rechtzeitig zu ersticken, weshalb Militanz als legitime Form des politischen Kampfes erachtet wird.

Betrachten wir als Beispiel den *Antifa-2020*-Prozess in Wien. Für uns war es ein Prozess von vielen. Seit über acht Jahren beobachten wir Gerichtsprozesse und immer wieder stehen Antifaschist_innen nach Protesten vor Gericht. Dennoch war dieses Verfahren eine Herausforderung für alle Beteiligten. Doch wie kam es überhaupt dazu?

Anlassfall war eine Auseinandersetzung am 7. März 2020. Kurz bevor die Pandemie unser Leben bestimmte, organisierte die *Sozialistische Jugend* einen Infostand im Wiener Resselpark, als plötzlich eine Gruppe der neofaschistischen *Identitären* dort auftauchte. Es kam zu körperlichen Auseinandersetzungen mit Antifaschist_innen. Als die Polizei kam, war zwar alles schon vorbei, sie hatte sich aber dennoch wenige Tage später ihre Meinung dazu gebildet und veröffentlichte über *Twitter* eine Stellungnahme, welche die am Handgemenge beteiligten Antifaschist_innen als Angreifer_innen darstellte. Was damals niemand ahnen konnte: Es war der Startschuss für ein groß angelegtes Ermittlungsverfahren gegen die Wiener Antifa. Man nutzte den seit dem Tierschutzprozess verpönten und eigentlich entschärften „Mafiaparagrafen“ für erweiterte Maßnahmen.⁷ Schlussendlich wurden die meisten Vorwürfe nicht angeklagt, dennoch war der Druck im Gerichtssaal deutlich zu spüren. Die sieben Angeklagten bzw. deren Verteidigung bemühten sich, die Vorwürfe zu entkräften und schafften es, die politische Dimension nicht klein-zureden. Die vielen Prozessbeobachter_innen sorgten für eine solidarische Stimmung, während die zuständige Richterin sehr darauf



Thomas Martin Memmetrier

bedacht war, die vorgeworfenen Taten politisch zu dekontextualisieren und bei jeder möglichen Störung des Prozessablaufs zu tadeln. Begleitet wurde der gesamte Prozess von erhöhten Sicherheitsvorkehrungen, wie man sie sonst nur von Terrorprozessen kennt. Das Urteil kam für viele überraschend, doch wie so oft folgte das Gericht den Aussagen der staatlichen Akteur_innen, in diesem Fall vor allem denen des Verfassungsschutzes, der federführend an den Ermittlungen beteiligt war. Wenige Stunden später war der Schock überwunden und zahlreiche Antifaschist_innen gingen gemeinsam auf die Straße – für Solidarität und gegen die Kriminalisierung ihres Aktivismus.

So viel Solidarität wie bei diesem Prozess ist selten. Kritische Prozessbeobachtung ist ein Teil davon. Von vielen Menschen wird die Justiz als Blackbox wahrgenommen. Sie gehen davon aus, dass diese unparteiisch und sorgsam abwägend ist. Die Justiz stützt als ein Teil der Gewaltenteilung die vorhandene Ordnung des Staates. Jedoch gilt, wie Esther Bejarano nicht müde wurde zu betonen: „Wer gegen die Nazis kämpft, der kann sich auf den Staat überhaupt nicht verlassen.“⁸

prozess.report

¹ Wenn etwas systemimmanent ist, bedeutet das, dass es selbstverständlich und natürlich zu dem betreffenden System dazugehört. Systemimmanente Eigenschaften können folglich nur dann beseitigt werden, wenn sich das zugrundeliegende System an sich verändert oder beseitigt wird.

² Framing bedeutet, dass etwas in ein Deutungsgerüst oder ein Erzählmuster eingebettet wird. Durch die Verwendung des Begriffs soziale Marktwirtschaft wird suggeriert, dass es um etwas soziales ginge und der Begriff Marktwirtschaft wird meistens mit dem freiwilligen Austausch von Waren assoziiert. Eigentlich ist die Art der Organisation von Ökonomie und Gesellschaft aber Kapitalismus. Der Begriff Kapitalismus wird aber wesentlich politischer aufgefasst. Durch dieses Re-Framing des Kapitalismus ist es Akteur*innen, deren Haltung pro-kapitalistisch ist, möglich, über ihn zu sprechen oder zu schreiben, ohne die mit ihm negativ assoziierten Eigenschaften in Erinnerung zu rufen.

³ Ein Nationalstaat basiert auf der Annahme der Existenz einer Nation. Eine Nation ist jedoch ebenfalls ein Konstrukt, dessen Bedeutung (abgeleitet aus der Wortherkunft) ursprünglich eine Geburtsgemeinschaft war. Hier kann bereits erkannt werden, dass eine Art genetische Verwandtschaft suggeriert wird, wie sie beispielsweise auch in der (pseudowissenschaftlichen) Rassenlehre der Nationalsozialist*innen zur Konstruktion einer angeblichen überlegenen arischen Herrenrasse herangezogen wurde. Im moderneren Sinne ist eine Nation zwar nur noch die Bezeichnung für eine größere Gruppe von Menschen, denen gemeinsame Merkmale wie Sprache, Tradition, Sitten, Bräuche oder Abstammung zugeschrieben werden, dennoch wird der Eindruck erweckt, es gäbe eine Essenz, die einer Nation zugrunde liegt, und eine gewisse Homogenität des ‚Volkes‘, welches den Souverän, also den ‚Herrscher‘ eines Landes bildet. Dadurch ist aber erst die Definition von Fremden möglich, denen Eigenschaften zugeschrieben werden, die anders als die des Volkes sind. Somit ist in der Konstruktion des Nationalstaates bereits die Möglichkeit von Ausgrenzung und Fremdenhass angelegt.

⁴ bit.ly/3YDTet5

⁵ Vgl. Weber, Max: Soziologische Grundbegriffe, Tübingen 1984, 6. Auflage, S. 89.

⁶ Wir haben bereits oben gesehen, dass das Konstrukt der Nation bzw. des Volkes in einem demokratischen Nationalstaat inkludiert ist bzw. auf der Annahme basiert, dass es ein Volk gibt, dessen Wille durch demokratische Entscheidungsprozesse abgebildet wird. Die Annahme dieses implizierten Volkswillens ist aber gerade eine der Hauptkomponenten der Ideologie des Faschismus. Die Führerfigur soll demnach in der Lage sein, den Volkswillen zu erkennen und in dessen Sinne zu handeln. Siehe dazu auch: Rohrmoser, Richard: Antifa – Porträt einer linksradikalen Bewegung, München 2022.

⁷ Zum Beispiel: Hausdurchsuchungen, Observationen und technische Überwachungen.

⁸ Bejarano, Esther: In „Die Anstalt“, 17.11.2015.

MUTTER, VATER, KIND – EIN LÄNGST ÜBERHOLTES KONZEPT?

Wann wurde die Großfamilie zur Kleinfamilie und was gilt eigentlich als ‚Familie‘? Warum wir veraltete Familienideale zurücklassen müssen, um eine solidarische Gesellschaft zu schaffen.

Im Kindergarten haben wir oft ‚Mutter, Vater, Kind‘ gespielt – wohl aus dem Drang heraus, nachzuahmen, was wir von Zuhause kannten. Ein Konstrukt, in das wir eingegliedert waren und das wir irgendwann selbst genau so aufbauen würden. Zumindest haben wir das damals geglaubt. Heute bin ich mir sicher, dass es in meinem Familienkonstrukt keinen Vater geben wird. Vielleicht gibt es darin noch ein Elternteil, oder eine Mutter. Aber ‚Mutter, Mutter, Kind‘ hätten wir früher nie für möglich gehalten, oder ‚Mutter, Mutter, Vater, Kind‘. Andere Familienkonstellationen, die in Gemeinschaft entstehen und abseits des binären Mutter/Vater-Spektrums liegen, wären mir gar nicht erst in den Sinn gekommen.

Der historische Ursprung der Kernfamilie

Das Konzept der Kernfamilie (auch bekannt als *nuclear family*) bestehend aus einer Mutter, einem Vater und Kind(ern), ist erst seit weniger als hundert Jahren in der bürgerlichen Gesellschaft populär. Dennoch hat es unsere Vorstellung, was als Familie gilt, geprägt. Davor wurde der Familienbegriff weiter ausgelegt. Menschen haben die Kindererziehung innerhalb der Großfamilie aufgeteilt; es hat viele Menschen gebraucht, um Bauernhöfe und Familienunternehmen am Laufen zu halten. Die Großfamilie lebte von Arbeitsteilung, jedoch haben auch hier geschlechtsspezifische Rollen diese Aufteilung bestimmt. Die „nukleare Familie“ selbst verbreitete sich laut Phillips (2009) erst durch die Kolonialisierung; Europäer*innen zogen als heterosexuelles Paar in Kolonien und mussten dadurch das alte Netzwerk von Nachbarn und Familien zurücklassen und sich ein ‚neues Leben‘ aufbauen, während sie den europäischen Wunsch nach familienzentrierter Unabhängigkeit mitbrachten. Die fehlende Arbeitskraft wurde in dieser Konstellation durch Sklavenarbeit ergänzt (Phillips, 2009).

Ein Jahrhundert später, nach dem Zweiten Weltkrieg, hat die Verfolgung des *American Dream* diese Entwicklung weiterhin befeuert. Paare gingen in die USA, da sie sich dort ein besseres Leben erhofften. Der Traum von dem kleinen Einfamilienhaus und den zweieinhalb Kindern wurde durch ein angepasstes Gehalt ermöglicht, das den Mann als Alleinverdiener etablieren konnte und der Frau ein Dasein als Hausfrau und Mutter gewährte (Brooks, 2020). In diesem Kontext hing die Lebenserhaltung von dem Paar ab, da auf die Großfamilie kein Verlass mehr war. Gesellschaftlich wurde diese Konstellation idealisiert; pas-

send zu dem Bild der Unabhängigkeit und dem Ideal der Kernfamilie im Mittelpunkt. Diese soziale Entwicklung wird durch Gesetze bestärkt, die der Kernfamilie besondere Privilegien zuschreiben (Phillips, 2009). Des Weiteren hat auch der christliche Glaube die Kernfamilie durch die Hochzeit als Institution in den Mittelpunkt gestellt.

Diese Konstellation hatte 1950 bis 1965 ihre Hochzeit, war jedoch nur für höhere Einkommenschichten reibungslos durchführbar – man musste es sich leisten können, diesen Lebensstil aufrechtzuerhalten (Brooks, 2020). Wohlhabende konnten sich seit jeher zusätzliche Hilfe finanzieren, alle anderen waren plötzlich auf sich allein gestellt, ohne die Unterstützung der Großfamilie an ihrer Seite. Das Ergebnis? Bis heute besteht ein Familienideal, das damals bereits schwer und in unserer aktuellen Wirtschaftslage unmöglich zu erreichen war bzw. ist und unsere Ansprüche in keiner Weise erfüllt.

Alternative Familienformen

Das typische hegemoniale Familienbild wurde durch den Boom der Kleinfamilie stark geprägt: Eine Familie besteht aus einer Mutter, einem Vater und durchschnittlich zwei Kindern. Ist eine Wohngemeinschaft erst eine Familie, wenn Kinder ins Spiel kommen? Ab wann gilt etwas als Familie? Familienangebote, beispielsweise die ÖBB-Vorteilscard, richten sich an ein einzelnes Elternteil von zwei Kindern unter 15 Jahren. Kombinationen aus Großeltern, älteren Kindern und anderen Familienangehörigen, die nicht zwingend blutsverwandt sind, werden bei den meisten Familienangeboten nicht berücksichtigt.

Des Weiteren ist die Vater/Mutter-Kombination längst nicht mehr automatisch gegeben. Allein in Österreich gab es laut Statista im Jahr 2021 mehr als 270.000 sogenannte „Ein-Eltern-Familien“ (Statista, 2023). Dazu kommen homosexuelle Paare mit Kindern oder nicht-binäre Elternteile, die nicht in die traditionelle Mutter/Vater-Rolle passen. Andere Kombinationen, wie ein schwules und ein lesbisches Paar, die sich entscheiden, durch Befruchtungskits Kinder zu kriegen und diese gemeinsam großzuziehen, bestehen ebenfalls. Das Spektrum an Familienkonstellationen wird zum Beispiel durch polyamore Beziehungskonstellationen erweitert, in denen miteinander Kinder großgezogen werden.

In Gemeinschaft

Es ist nicht nur in polyamoren Beziehungskonstrukten möglich, in größerer Gemeinschaft zu leben und nicht alleine als Paar gemeinsam Kinder zu erziehen. „It takes a village to raise a child“ – dieses Sprichwort findet sich in verschiedenen Variationen in Swahili, Lunyoro und ande-

ren afrikanischen Sprachen wieder, der genaue Ursprung ist jedoch unbekannt. Es verkörpert die Meinung, dass es eine Gemeinschaft, in dem Fall das Dorf, braucht, um die Kindererziehung zu übernehmen. Das lässt sich auch in Kindererziehungsmethoden abseits der bürgerlichen Idealfamilienzusammenstellung erkennen. Menschen sind nicht dafür gemacht, ihren Alltag alleine zu bestreiten. Wir leben präferiert in Gemeinschaften, die sich gegenseitig unterstützen.

Was früher häufig enge Dorfgemeinschaften waren, hat sich seit der Industrialisierung und der Entstehung von Städten zu isolierten Kerneinheiten gewandelt. Vor allem in westlichen Kulturen ist Individualismus ein größerer Wert als Kollektivismus; das Wohl des Einzelnen geht über das Wohl der Gemeinschaft (Hofstede, 2010). Ein Verhalten, das sich auch vermehrt im Umgang mit Krisen wie dem Klimawandel oder der Pandemie widerspiegelt. Diese Grundwerte finden sich auf verschiedenen Ebenen in unserem System wieder. Beispielsweise wird immer noch an der Idee festgehalten, dass ein einzelner Mensch ganz alleine seinen Erfolg aufbaut, obwohl es immer andere gibt, die dahinterstehen, seien es die reichen Eltern oder Arbeitende, die ausgebeutet wurden, damit eine andere Person von ihrem Gewinn leben kann.

Die Vorstellung, dass wir alleine sind und nur alleine oder als Paar unseren zugewiesenen Rollen entsprechend Lohnarbeit und Care-Arbeit übernehmen müssen, wird sich nicht von heute auf morgen ändern.

Wie baue ich eine Gemeinschaft auf?

Wenn wir in Städten leben, befindet sich unsere Gemeinschaft in unserem Wohnblock oder unserem Grätzel. Hier können wir Veranstaltungen organisieren, Unterstützung anbieten und selbst um Hilfe fragen, sei es Babysitten, Einkäufe hochtragen oder mit dem Nachbarshund Gassi gehen. Im Spätkapitalismus können wir uns nicht auf veraltete Strukturen verlassen, die vielleicht früher einmal für eine gewisse Gesellschaftsschicht funktioniert haben, und müssen uns fragen, warum wir kurz vorm oder bereits mitten im Burn-out stehen.

Wir sind nicht dafür gemacht, in Isolation zu leben. Gemeinsames Kochen mit Freund*innen oder mit dem Nachbarskind das 1x1 zu üben ist ein sozialer Akt. Wir müssen aufhören, getrennt nebeneinander zu leiden und unser Potenzial als Gemeinschaft erkennen. Natürlich gilt es, dieses fehlerhafte System mit seinen unmöglichen Idealen zu bekämpfen – währenddessen können wir aber nur überleben, wenn wir uns gegenseitig dabei helfen. Deshalb werde ich meine Nachbarin am Gang ansprechen, wenn ich sie das nächste Mal sehe – ein nettes Gespräch führen, fragen, ob ich sie bei etwas unterstützen kann. Allein diese Kleinigkeit ist ein weiterer Schritt Richtung solidarische Gesellschaft.

Elu Kainz

Phillips, R. (2009). Settler colonialism and the nuclear family. *The Canadian Geographer / Le Géographe canadien*, 53: S. 239–253. <https://bit.ly/40lCG3>.
Brooks, D. (2020). The Nuclear Family Was A Mistake. *The Atlantic*. <http://bit.ly/3X0pZ19>.
Statista (2023). Anzahl der Alleinerziehenden-Haushalte in Österreich von 2011 bis 2021. <http://bit.ly/3YgpOeH>.
Hofstede, G., Hofstede, G. J. & Minkov, M. (2010). *Cultures and Organizations: Software of the Mind* (Rev. 3rd ed.). McGraw-Hill.



IST PROTEST SINNLOS?

Berichte von erfolglosen Protesten dominieren zurzeit unsere Medienlandschaft. Oftmals scheinen sich die Aktivist_innen in einer aussichtslosen Situation zu befinden. Haben Proteste also überhaupt einen Sinn?

Ob im Iran, in der Ukraine oder in China: Weltweit kämpfen Protestbewegungen gegen Krieg und Unterdrückung, für den Klimaschutz und gegen politische Korruption. Den inhaltlichen Schwerpunkten von Protestbewegungen sind quasi keine Grenzen gesetzt. Doch immer wieder werden Demonstrationen von Staat und Politik im Keim erstickt. Das wird bei den Protesten im Iran, welche sich gegen die autoritäre Regierung und die Unterdrückung der Frauen richten, versucht. Oder bei den Demonstrationen gegen die stark einschränkende Zensur und die Coronabeschränkungen in China, bei welchen die Aktivist_innen mit Verhaftungen und Polizeigewalt zu kämpfen haben. Vor allem der Protestbewegung im Iran gelang es, weltweit für Aufmerksamkeit zu sorgen. Politische Veränderungen konnten (bis dato) allerdings nicht erreicht werden. Das Erlangen von internationaler Aufmerksamkeit kann durchaus als erster Teilerfolg betrachtet werden, zu wirklichen gesellschaftlichen oder politischen Veränderungen braucht es allerdings mehr. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass es mit Durchhaltevermögen, Mut und Zusammenhalt möglich ist, Veränderungen zu erzwingen.

381 Tage

Am 1. Dezember 1955 wurde Rosa Parks in Montgomery im US-Bundesstaat Alabama verhaftet. Grund dafür: Die Afroamerikanerin hatte sich geweigert, in einem Bus ihren Sitzplatz für einen weißen Fahrgast freizumachen. Ein Ereignis, welches stellvertretend nicht nur für die weit verbreitete soziale Segregation und Rassismus stand, sondern auch als Impulsgeber für eine Protestwelle gegen die Rassentrennungsgesetze zu betrachten ist. Vier Tage nach der Verhaftung wurde die *Montgomery Improvement Organisation* mit Martin Luther King als Vorsitzenden gegründet und ein Busboykott von People of Color angekündigt. Um das Ziel des Protests, nämlich das Ende der Rassentrennung im Bussystem, zu verwirklichen, bildete die afroamerikanische Bevölkerung in Montgomery Fahrgemeinschaften, fuhr mit dem Rad oder ging große Strecken zu Fuß. Es wurden Taxiunternehmen eingerichtet, welche die üblichen Buspreise für ihre Fahrten verrechneten. Da der afroamerikanische Teil der Bevölkerung rund 75 Prozent der Pendler_innen in Montgomerys Verkehrssystem ausmachte, stieg der ökonomische Druck auf die Stadt. Trotzdem weigerte sich diese, den Forderungen der Bewegung nachzukommen, und verschärfte sogar die Situation für die Protestierenden, indem zum Beispiel der zu verlangende Mindestpreis der Taxiunternehmen von 10 auf 45 Cent angehoben wurde. Nachdem

der Supreme Court die Rassentrennung in Bussen am 20. Dezember 1956 als verfassungswidrig einstufte, endete der Protest. 381 Tage nach Beginn des Aufstandes wurden die Busse in Montgomery an das neue Gesetz angepasst und People of Color stiegen zum ersten Mal seit über einem Jahr wieder in einen Bus ein.

Die endgültige formale Gleichberechtigung von People of Color und Weißen wurde im *Civil Rights Act* 1964 beschlossen. Dazu trugen maßgeblich der Zusammenhalt, der Mut und der Glaube an Veränderung bei, welche in den 381 Tagen Protest in Montgomery gezeigt wurden.¹

Wie „Lausbuben“ das Atomkraftwerk Zwentendorf verhinderten

50,5 Prozent: Gerade einmal 30 000 Stimmen waren am 5. November 1978 ausschlaggebend für die Nichtinbetriebnahme des Atomkraftwerks in Zwentendorf, Niederösterreich.² Dass es überhaupt zu einer Volksabstimmung kommen konnte, war Folge des jahrelang andauernden Einsatzes zahlreicher Aktivist_innen. Denn lange Zeit sah es so aus, dass Österreich dem in Nachkriegseuropa weit verbreiteten Trend folgen würde und die Energiegewinnung durch Kernspaltung die Zukunft der Republik darstellen sollte. Doch ab 1970 versammelten sich tausende Menschen auf Österreichs Straßen und Plätzen, um gegen das Kraftwerk zu mobilisieren. Selten gab es in der Republik eine Protestbewegung, welche sich in diesem Ausmaß durch sämtliche Gesellschaftsschichten, Alters- und Berufsgruppen zog. Als der Druck der „Lausbuben“, wie Bruno Kreisky die Aktivist_innen nannte, stieg und die Freiheitliche Partei und die Volkspartei auf einen kernkraftfeindlichen Kurs wechselten, sah sich der damalige Bundeskanzler zu einer Volksabstimmung gezwungen. Die Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung entschied sich gegen eine Inbetriebnahme und somit für ein atomkraftfreies Österreich. Nur durch den Einsatz tausender Protestierender war es schlussendlich möglich, eine Abstimmung erzwingen und die Inbetriebnahme des bereits erbauten Atomkraftwerks zu verhindern. Die Protestaktion legte aber nicht nur den Grundstein für ein atomkraftwerkfreies Österreich, sondern war auch impulsgebend für zahlreiche Umweltbewegungen in Österreich und Europa.³

„Deeds not Words“

Während in Australien 1902 das Wahlrecht für Frauen eingeführt wurde, musste in Europa noch lange für die Wahlberechtigung der Frauen gekämpft werden. Vor allem in Großbritannien bildete sich Anfang des 20. Jahrhunderts eine Bewegung, welche sich stark für die geschlechtliche Gleichberechtigung einsetzte: die *Women's Social and Political Union* (WSPU). „Deeds not Words“, also „Taten

¹ Newman, Mark: *The Civil Rights Movement*, Edinburgh 2004.

² Bundesministerium für Inneres: Ergebnisse bisheriger Volksabstimmungen, URL: bit.ly/3YaXrgd.

³ Gottweis, Herbert: *Zwentendorf und die Folgen*, in: *Forum politische Bildung* (Hg.): *Zäsuren der demokratischen Entwicklung in der österreichischen Geschichte*, Wien 1998, S. 166f.



statt Worte“, war die Prämisse der ‚Suffragetten‘, wie diese ab 1906 genannt wurden. Zunächst versuchte die Bewegung, durch Störaktionen bei politischen Ereignissen Aufmerksamkeit zu gewinnen. Erste Verhaftungen waren die Folge. Immer größere Projekte wurden von den Suffragetten organisiert. Tausende Frauen demonstrierten auf den Straßen Londons für ein politisches Mitspracherecht. Trotz der immer größer werdenden Beteiligung an Protestaktionen hielt die Politik an ihrem diskriminierenden Kurs gegenüber Frauen fest. Die Angekündigten „Deeds“ in Form von Vandalismus, Bombenzündungen oder Brandstiftung führten zu unzähligen Festnahmen. Trotz hunderter Inhaftierungen und miserabler Haftbedingungen wichen die Suffragetten nicht von ihrem Kurs ab und der Protest setzte sich bis zum ersten Weltkrieg fort.⁴

Mit dem Beginn des Krieges endeten die Protestaktionen der Suffragetten. Dennoch gelang es der Bewegung, ihr Ziel zu verwirklichen. 1918 wurde in Großbritannien das Wahlrecht für Frauen ab 30 Jahren eingeführt. Zehn Jahre später wurde schließlich Frauen ab

21 Jahren gewährt, an die Wahlurne zu treten. Ein wichtiger Schritt für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern.⁴

Zahlreichen Bewegungen gelang es, politischem oder gesellschaftlichem Gegenwind, Polizeigewalt oder etwaigen Bedrohungen zu trotzen und ihre Forderungen durchzusetzen. Protest kann verbinden, wie bei der Kampagne gegen das Atomkraftwerk in Zwentendorf. Er zeigt auf, dass es einiges an Durchhaltevermögen benötigt, wie bei dem Busstreik der People of Color in Montgomery. Er beweist aber auch, dass es Mut und Einsatz braucht, wie ihn die Suffragetten-Bewegung in Großbritannien zeigte. Die Geschichte zeigt, dass es mit der Unerschrockenheit, den Bemühungen und der Geschlossenheit zahlreicher Aktivist_innen gelingen kann, nicht nur die Öffentlichkeit auf ein bestimmtes Thema aufmerksam zu machen, sondern maßgebliche Veränderungen zu bewirken.

Konstantin Schinagl

⁴ Günther, Jana: *Die Suffragetten: Mit Militanz zum Frauenstimmrecht*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42 (10/2018), S. 20–27.

WAS DIE RECHTEN VON DEN LINKEN LERNEN

Neue rechte Proteste nehmen in den letzten Jahren zu, doch wie inszenieren sie sich und welche Strategie steckt dahinter?

Gerade während des Höhepunkts der Pandemie wurden rechte Proteste und deren Erfolg, die breite Masse zu mobilisieren, viel diskutiert. Angeführt von teilweise wegen Wiederbetätigung verurteilten rechten Akteuren, wie etwa Gottfried Küssel oder auch bekannten rechtsextremen Gruppen wie der *Identitären Bewegung* (IB)¹, reiht sich Menschen dahinter, welche sich ansonsten nicht dem rechten Milieu anschließen würden. Nicht nur mit den Themen von Impfung und Maßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19, sondern auch durch ihre Inszenierung schafften es die sogenannten ‚Neuen Rechten‘, viele Menschen anzusprechen und für ihre Inhalte zu begeistern, um diese daraufhin weiter zu radikalieren. Vor allem der IB gelang es, innerhalb Europas ein Netzwerk² und ein einheitliches Auftreten aufzubauen.

Ideologie und Strategie rechtsextremer Gruppen

Ein Teil ihrer Inszenierungsstrategie ist es, sich von den ‚Alten Rechten‘ und Neonazis zu unterscheiden und zu versuchen, ein junges, subversives und elitäres Image zu erzeugen.³ Das Ziel dabei ist, durch ein neues Vokabular und ein neues Auftreten rechte Inhalte besser verkaufen und verbreiten zu können und so den gesellschaftlichen Diskurs nach rechts zu verschieben.⁴ Oft werden die Inhalte so verpackt, dass sie auf den ersten Blick nicht rechtsextrem aussehen. Zum Beispiel wird statt einer biologischen Argumentation mit dem ‚kulturellen Unterschied‘ argumentiert. Der Kulturbegriff kann gesellschaftlich besser angenommen werden, da er nicht mit einer Ideologie behaftet ist, wie etwa ‚Rasse‘.⁵ Anstatt auf Demonstrationen „Ausländer raus!“ zu rufen, fordern sie kulturelle Hegemonie. Geht man dem Inhalt jedoch genauer nach, ist bei den Forderungen kein Unterschied zu finden.⁶ Oberflächlich betrachtet könnten die aufgegriffenen Themen auch einige linke Gruppen ansprechen und auch ihr Auftreten als solches missverstanden werden. Die Inszenierung geht teilweise so weit, dass sie die Hilfsorganisation *Alternative Help Association* gründeten, die Menschen auf der Flucht wieder in das Land, aus dem sie geflüchtet sind, zurückbringen wollte. Eben diese Organisation wurde auch teilweise von Mitgliedern der IB

organisiert. Das selbstgesteckte Ziel dieser Organisation war es, die Ursachen der Migration zu bekämpfen. Da es weder Berichte Dritter über diese Organisation gibt noch die Spenden nachverfolgt werden konnten, wird angezweifelt, dass es diese Organisation wirklich gab.⁷ Mittlerweile ist die Website nicht mehr abrufbar.

Die neue Ästhetik bei Aktionen und Protesten

Aber nicht nur die Rhetorik der Rechten hat sich verändert, sondern auch ihr Auftreten und ihre Ästhetik im öffentlichen Raum. Anstatt auf gewaltvolle Aktionen zurückzugreifen – welche es durchaus gibt – übernehmen sie Formen, die bereits von linken Gruppen verwendet werden. Das ist jedoch kein Zufall, sondern eine eigene Strategie. Die Auseinandersetzung mit der Ästhetik der Neuen Rechten ist vor allem wichtig, weil sie diese benutzen, um ein Bild zu schaffen, welches durch große Medienpräsenz im Gedächtnis bleibt. Bei den Aktionen greift die IB vor allem auf Strategien von sozialen Bewegungen wie PETA oder *Greenpeace* zurück, auf Strategien aus dem Kunstbereich wie etwa von Christo oder dem *Wiener Aktionismus* oder auf die Student:innenbewegungen der 1960er Jahre. Damit wollen sie sowohl dem Anspruch auf Intellektualität als auch dem Image eines jungen subversiven Aktivismus gerecht werden.⁸

Aktivistische Bewegungen bringen immer visuelle Codes hervor, welche leicht zu verstehen sind und daher auch einfach und schnell verbreitet werden können. Dazu gehören Bilder, Plakate oder Slogans, die auf den Demos gerufen werden.⁹ Diese Codes, die vor allem von emanzipatorischen linken Bewegungen kommen, werden von den Rechten genutzt, um die eigenen Inhalte zu verbreiten und Anhänger:innen für die eigenen Zwecke zu gewinnen. Sich Codes, Begriffe oder Symbole anzueignen und die Bedeutung zu verändern, wird auch Rekuperation genannt und wurde von der *Situationistischen Internationale* in den 1960er Jahren geprägt. Der Prozess der Rekuperation ist meist erst zu erkennen, wenn die Umdeutung bereits stattgefunden hat, und ist daher meist schwer aufzuhalten.¹⁰ Im Fall der IB betrifft das die Aktionsformen, Begriffe oder das Verwenden von sub- oder jugendkulturellen Codes, die bereits etabliert sind.



Margaretha Briski

Die Aneignung von Protestformen und deren Machtverkehrung

Eine der ersten medial bekannten Aktionen der IB war der Angriff auf das Jelinek-Stück *Die Schutzbefohlenen* im Audimax der Universität Wien, welches gänzlich von geflüchteten Personen aufgeführt wurde. Während der Aufführung stürmten die *Identitären* den Saal und verspritzten Kunstblut, während sie Flyer mit der Aufschrift „Multikulti tötet!“ im Publikum verteilten.¹¹ Mit dieser Aktion bezogen sie sich auf die *Wiener Aktionisten* und deren Aktion *Kunst und Revolution* von 1968 im Hörsaal C1 der Universität Wien, wo im Rahmen eines Vortrags eine Aktion durchgeführt wurde, um gegen bürgerliche und katholische Lebensformen sowie gegen die aktuelle Politik zu protestieren. Hier ist jedoch anzumerken, dass sich die Ebenen der Macht und Herrschaftsstrukturen verändern, da die *Identitären* ihren Protest gegen eine bereits diskriminierte Minderheit richten und nicht gegen eine vorherrschende Machtstruktur. Eine andere Form des Protests der Neuen Rechten sind sogenannte Kunstaktionen, wie etwa das Verhüllen der Maria-Theresien-Statue in Wien, wobei sie sich hier auf den Künstler Christo beziehen. Auch das Auftreten bei Protesten ist sehr an linken Gruppen orientiert. So hat sich zum Beispiel eine Art schwarzer Block am Anfang des Demonstrationzuges gebildet, welcher durch Banner abgegrenzt wird, während die dahinterstehenden Personen ganz in Schwarz gekleidet und vermummt sind. Sowohl bei den Demonstrationen als auch generell in ihrer Ästhetik wiederzufinden sind pyrotechnische Körper, vor allem Rauchfackeln oder bengalische Feuer. Diese setzen sie auf Demonstrationen ein, sind auf von ihnen selbst verbreiteten Fotos zu sehen oder als Motiv auf Plakaten zu finden. Auch Parolen von feministischen Protesten wie etwa der Spruch „my body, my choice“ für das Recht auf Abtreibung wird von Impfgegner:innen auf Demonstrationen verwendet und umgedeutet.¹² Diese Protestformen, die gewählte Ästhetik und die zumindest teilweise erkennbaren Bezüge zur Kunst sind bisher wenig mit rechtsradikaler Ideologie verbunden und werden genutzt, um das Image rechter Gruppen zu verändern (hin zu studentisch, jung und intellektuell), damit sich eine breitere Masse angesprochen fühlt und die Inhalte mit weniger Berührungs-

ängsten aufgenommen werden können.

Auch wenn sie die Ästhetik, die Rhetorik und das Auftreten linker Gruppen oder Protestformen übernehmen, richten sich die Proteste nicht gegen eine vorherrschende, unterdrückende Machtstruktur, sondern fordern vermehrt die Radikalisierung dieser Strukturen, welche die Rechte von Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und weiteren marginalisierten Gruppen einschränken. Die Neuen Rechten schaffen es seit der Pandemie auch in Österreich, wieder mehr Medienpräsenz mit ihren Aktionen zu bekommen. Deshalb ist es wichtig, über die Protestformen und Codes zu sprechen, damit sie auch von der breiten Öffentlichkeit erkannt und Maßnahmen dagegen gesetzt werden können.

Nina Gadermaier

¹ Die Symbole der *Identitären Bewegung* sind seit 2021 in Österreich verboten, weshalb der Name in *Die Österreicher* geändert wurde. Aufgrund der Bekanntheit des Namens wird in diesem Artikel weiter von der *Identitären Bewegung* gesprochen.

² Bruns, Julian / Glösel, Kathrin / Strobl, Natascha: *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, Münster: Unrast 2014.

³ Weiß, Volker: *Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart: Klett-Cotta 2017.

⁴ Aftenberger, Ines: *Die Neue Rechte und der Neorassismus*, Graz: Leykam 2007.

⁵ Ebd.

⁶ Bruns, Julian / Glösel, Kathrin / Strobl, Natascha: *Rechte Kulturrevolution. Wer und was ist die Neue Rechte von heute?*, Hamburg: VSA Verlag 2015.

⁷ Jedicke, Henriette: *Warum die „Identitären“ jetzt Geld für Flüchtlinge sammeln*, in: Focus online, URL: <http://bit.ly/3wgHjOa>, (Zugriff: 28.01.2022).

⁸ Weiß: *Die Autoritäre Revolte*.

⁹ Fahlenbrach, Kathrin / Zywiets, Bernd: *„Protest zwischen Aktivismus und Propaganda. Formen und Differenzierungen strategischer Protestkommunikation im Netz“*, in: *Propaganda des „Islamischen Staats“*, Zywiets, Bernd (Hg.), Mainz: Springer VS 2020, S. 21–53.

¹⁰ Kundrat, Anja: *„An euch klebt das Blut von Bataclan und Brüssel! Geflüchtete trotzten dem Hass von Rechts“*, in: *Flucht – Migration – Theater. Dokumente und Positionen*, Peter, Birgit / Pfeiffer, Gabriele C. (Hg.), Göttingen: unipress 2017, S. 143–148.

¹¹ Franz, Philipp / Höh, David / Taube, Ines: *„Protest“ von rechts – Protestformen von links*, in: *Kommt herunter, reißt euch ein ... Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*, Schönberger, Klaus / Sutter, Ove (Hg.): Berlin/Hamburg: Assoziation A 2009, S. 254–267.

¹² FIPU: *„Liebäugeln mit der Querfront“*, Der Standard, URL: <http://bit.ly/3DiZMh6>, (Zugriff: 28.01.2023).

RECHT AUF DIE KREATIVE STADT?

Unter dem Deckmantel der ‚kreativen Stadt‘ fand die Marktlogik Eingang in die Stadtentwicklung. Creative Clusters, Kreativquartiere, Zwischennutzungen: Viele Bereiche sind für ‚die Kreativen‘ reserviert. Doch wer ist damit gemeint? Wer geht leer aus? Und welche Rolle kann die Praxis des *Commoning* im Emanzipationsprozess spielen?

Form follows economy

Geprägt wurde das Ideal der kreativen Stadt von dem Ökonomen Richard Florida kurz nach der Jahrtausendwende. Die als Allheilmittel in der Stadtplanung angehimelte Publikation *The rise of the creative class* liefert eine scheinbar einfache Lösung für die durch den Strukturwandel von Industriegesellschaft zum digitalen Zeitalter aufgetretenen finanziellen Probleme der Städte. Geschehen soll dies durch die sogenannte ‚kreative Klasse‘. Eine konstruierte Gruppe von Menschen, welche über besonderes Talent verfüge und eine Anziehungskraft entstehen lasse, wo auch immer sie sich entscheide zu leben. Dadurch wird das Vorantreiben von Innovation, Wirtschaftswachstum und Entwicklung versprochen, der kapitalistische Traum.¹ Das größte Ziel von Städten wird es sein, diese kreative Klasse anzuziehen, indem eine Umgebung geschaffen wird, die dem jeweiligen Lebensstil entspricht. Es entstand ein Wettbewerb um die *most wanted* Bobo-Stadt, in der sich das Arbeitsethos der Bourgeoisie mit dem Bohemien-Style vermischen kann. Im Grunde aber werden Räume geschaffen, in welchen prekäre Arbeitsbedingungen romantisiert dargestellt werden. Es sind dann wiederum jene Kunstschaffenden, welchen für Verdrängungsprozesse durch Mietsteigerungen in Stadtquartieren die Verantwortung zugeschoben wird. Sogenannte ‚Kreativität‘ wird von Stadtregierungen als Legitimitätsgrund für Gentrifizierungsprozesse genutzt und subtil zum Instrument, um wirtschaftliche Interessen vor soziale Gerechtigkeit zu stellen.²

Vermarktung durch Abgrenzung

Adorno und Horkheimer kritisieren in der *Dialektik der Aufklärung* eine Gleichschaltung aller kulturellen Erzeugnisse. Alles werde in das Korsett des Kapitalismus gezwängt und müsse möglichst gleich aussehen, um vermarktbar zu sein. Dies gilt in dieser Form seit dem Postfordismus nicht mehr. In der neoliberalen Leuchtturm-Logik³ hat vor allem das Besondere einen hohen Marktwert.

Diesem Narrativ ist nicht zu entfliehen und es endet in einem Konkurrenzdenken zwischen den Kunstschaffenden untereinander. Wer ist am innovativsten, äh kreativsten? Die Absurdität geht so weit, dass sich die ‚kreative Klasse‘ selbst verabscheut. Das klischeehafte Bild des in einem ehemaligen Fabrikgebäude in der Stadt arbeitenden, Flat-White-trinkenden Hipsters scheint bei denjenigen, die mit der Kreativklasse assoziiert werden, mehr Widerstand hervorzurufen als tatsächlich Kapazitäten aufzubauen, um sich solidarisch zusammenzufinden.^{4,5}

Räume der Kreativität

Denn Kreativität wird – auch bei Richard Florida – behandelt wie ein Talent oder eine besondere Gabe Einzelner. Ausgangspunkt sind oft ehemalige Industrieareale oder sonstige leerstehende Gebäude, bedingt durch den Strukturwandel weg von dem produzierenden Gewerbe. Diese Räume stehen in wachsenden Städten unter Druck. Die Raumvergabe an eine kreative Nutzung, meist in Form von auf Zeit gehaltenen Zwischennutzungsverhältnissen, wird legitimiert durch die hohe Nachfrage. Es ist aber auch nicht sinnvoll, wenn Künstler:innen die Möglichkeit, günstig oder gar kostenfrei die Räume zu nutzen, ablehnen. Aber wer nutzt die Räumlichkeiten wirklich? Welche Art von Kreativität darf sich dort bewegen? Und wer wird durch die Aufwertung ‚aus Versehen‘ verdrängt?⁶

Das soll keine Kritik gegen Menschen sein, die sich kreativ ausleben. Es ist eine Kritik an den Strukturen, welche den Rahmen, dies zu tun, stark verzerren. Denn den Raum bekommt nicht das Ungemütliche, das wirklich hegemoniale Denkmuster durchbricht. Raum bekommt auch nicht das Unspektakuläre, das Unsichtbare. Wobei spektakulär je nach Wahrnehmung bedeuten kann, solidarisch zu sein, aufeinander zu achten, sich fehlerhaft zu zeigen. Es ist das Spannendste und Spektakulärste überhaupt. Gegen die Marktlogik zu handeln ist Arbeit, es benötigt sehr viel Zeit, Strukturen aufzubauen, Diskussionen zu führen, auszuhandeln, neu zu verhandeln und wieder neu zu verhandeln. Das lässt sich nicht in eine Zwischennutzung drängen. Vor allem nicht, wenn kreative Nachnutzung nur als Instrument angewendet wird, um die Nachbar:innenschaft aufzuwerten und schlussendlich jene zu verdrängen, die nicht über genügend Kapitalien verfügt, um dazubleiben. Wertschätzung erfahren in der *creative city* so offensichtlich einbetonierte die wohlhabenden und formell kulturell Gebildeten.



Margaretha Briski

Commoning als widerständige Praxis

Es stellt sich also die Frage nach möglichen Emanzipationsformen. Von den Stadtverwaltungen kann viel gefordert werden, aber es fehlen ihnen die Fähigkeit zur Selbstreflexion und vor allem das Vertrauen, dass sich dort wirklich etwas ändert. Vielleicht ist die Frage auch gar nicht, wie sich Kreative durch Protest wehren können, sondern auch oder vielmehr wie gegen die eigenen Annahmen und die Wirkung der neoliberalen Ordnung in uns selbst entgegengewirkt werden kann. Damit meine ich eine Umdeutung des Kreativitätsbegriffs, wider die Konkurrenzlogik. Es geht um eine (Re)Politisierung des Verständnisses von Stadt. Dafür braucht es gegenhegemoniale Formen und Akte des Ausdrückens des Unmutes.

Die Recht-auf-Stadt-Bewegung⁷ hat in ihren unterschiedlichsten internationalen Ausprägungen verschiedene Formen des Protests und der Organisation herausgebildet. Beispiele sind die Bewegung der *Emmaus-Communities* in Frankreich, die sich gegen Armut und soziale Ausgrenzung engagieren, oder die Bewegung der *El Barrios* in Lateinamerika, die sich für die Rechte und Bedürfnisse von benachteiligten Stadtteilen einsetzen. In Hamburg wehrt sich die Initiative *Not in our Name, Marke Hamburg!* gegen die Instrumentalisierung von Kunstschaffenden.

Aber wie kann Kreativität abseits der Marktlogik aussehen? Kreativ zu sein bedeutet nämlich nicht nur, ein Buch zu schreiben, als DJ im Club zu stehen oder abstrakte Kunst in Ausstellungsräumen zu präsentieren. Kreativität ist Alltag, Kreativität ist Gemeinschaft. Das Konzept der *Commons*, der Gemeingüter, in der Ausführung das *Commoning*, könnte einen Lösungsansatz bieten. Zum einem für das Problem der Leerstände, zum anderen als Praxis, um der Kommodifizierung von Kunst und Kultur entgegenzuwirken und alternative Formen von Zusammenleben und Kreativität auszuleben.

Dabei ist das *Commoning* die Protestform selbst. Darunter versteht man die gemeinschaftliche Nutzung und Verwaltung von Ressourcen und Produktionsmitteln durch die Gemeinschaft anstatt durch den Staat oder den Markt. Es handelt sich um eine Praxis, die auf

Solidarität, Zusammenarbeit und Selbstverwaltung aufbaut. *Commoning* ist Protest, weil es nicht effizient ist, nicht gewinnbringend und keinem ästhetischen Zwang unterliegt. Es ist die Kunst des Sorgetragens.^{8,9} Aber ich möchte nicht mit einer romantisierten Vorstellung von *Commons* als Lösung abschließen. Räume sind das, was aus ihnen gemacht wird. In einer patriarchalen und rassistischen Welt sind sie genau das. Herrschaftsverhältnisse und Machtpositionen müssen immer mitgedacht und reflektiert werden. Sie sind ständig bedroht, von der kapitalistischen Logik geschluckt zu werden, sie sind ständige Arbeit und permanenter Kampf.

Emma Neuner

1 Florida, Richard: *The rise of the creative class. And how it's transforming work, leisure, community and everyday life*, New York 2006.

2 van Boom, Nienke: *Rebalancing the Creative City After 20 Years of Debate*, in: John Hannigan und Gred Richards (Hg.): *The Sage handbook of new urban studies*, London 2018.

3 Der Versuch der Stadtplanung, durch aufsehenerregende Architektur, meist von Stararchitekt:innen, Tourist:innen anzuziehen. Als Beispiel wird oft das Guggenheim-Museum in Bilbao angeführt.

4 Horkheimer, Max; Adorno, Theodor W.: *Dialektik der Aufklärung*. Philosophische Fragmente, mit einem Vorwort von Eva von Redecker, Frankfurt am Main 2022.

5 Dzdzeck, Iris: *Kreativpolitik. Über die Machteffekte einer neuen Regierungsform des Städtischen*, Bielefeld 2016.

6 Reckwitz, Andreas: *Die Erfindung des Kreativsubjekts. Zur kulturellen Konstruktion von Kreativität*, in: Andreas Reckwitz (Hg.): *Unschärfe Grenzen. Perspektiven der Kultursociologie*, Bielefeld 2010, S. 235–258.

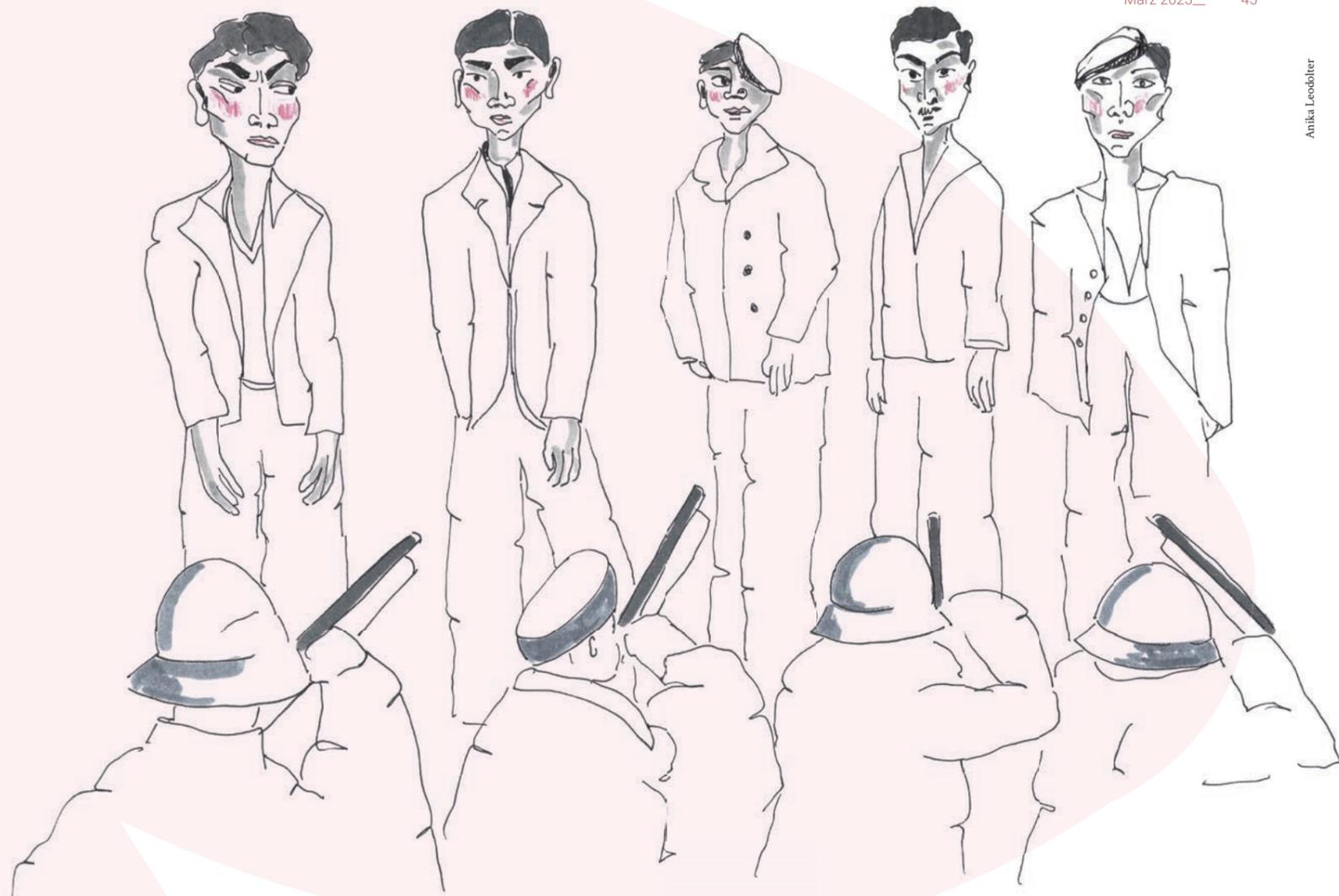
7 Die Forderung und der Aufschrei *Recht auf Stadt* geht auf den Philosophen Henri Lefebvre zurück. Es kann beides sein, ein aktives Sich-Wehren der betroffenen unterdrückten und marginalisierten Stadtbewohner:innen sowie jener, welche Unmut gegenüber der kapitalistischen Stadtentwicklung äußern wollen. Mit dem *Recht auf Stadt* ist abgesehen vom tatsächlichen Nutzungsrecht von Stadträumen auch Beteiligung und Debatte gemeint. Themen sind öffentlicher Raum, Wohnraum, nicht-kommerzielle Freiräume etc.

8 Caffentzis, G.; Federici, S.: *Commons against and beyond capitalism*, in: *Community Development Journal* 49 (2014).

9 Kiczka, Raphael: *Leerstand zu Commons machen! Die Commons Perspektive als Kritikfolie und Hebel für eine emanzipative Stadtgestaltung*, in: Willi Hejda, Anna Hirschmann, Raphael Kiczka und Mara Verlic (Hg.): *Wer geht leer aus? Plädoyer für eine andere Leerstandspolitik*. Wien 2014, S. 116–133.



Gedenken heißt kämpfen! Warum das Erinnern an die Februarkämpfe 1934 notwendig ist.



Die Februarkämpfe 1934 stellten den einzigen organisierten, bewaffneten Widerstand gegen das austrofaschistische Regime dar. Das Bündnis **12. Februar** wurde mit dem Ziel gegründet, die Februarkämpfe ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Für den 12. Februar 2023 wurde eine Demonstration in Floridsdorf organisiert, um der Kämpfe zu gedenken.

Ein Interview mit Kurt Lhotzky und Anna Rosenberg, zwei Vertreter*innen des Bündnisses **12. Februar**.

Zoé: Könntet ihr für unsere Leser*innen die Geschehnisse des Februars 1934 sowie ihre Auswirkungen kurz erläutern?

Kurt: Der 12. Februar war der Augenblick, in dem eine Krise aufgebrochen ist. Nicht nur eine Krise innerhalb der Ersten Republik, sondern auch eine Krise innerhalb der Sozialdemokratie, die die entscheidende, nicht offen bürgerliche Kraft in der Ersten Republik war, aber – trotz ihrer verbalen Kommunikation – alles getan hat, um das kapitalistische Gefüge aufrechtzuerhalten. Durch die Reaktion der sozialdemokratischen Partei auf die 1927 spontan ausgebrochenen Streiks¹ wurde klar, dass mit dieser Sozialdemokratie nicht einmal ein bürgerlicher Staat zu machen ist und erst recht keine Revolution. Auch wurde klar, dass diese Partei nicht einmal im Stande sein wird, die Republik zu verteidigen. Das war natürlich nicht die Meinung, die in den breiten Teilen der

Arbeiter*innenschaft herrschte. Deswegen wurde nach der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 – als der Austrofaschismus begonnen hatte, sich zu strukturieren – im Schutzbund, aber auch innerhalb der Sozialdemokratie begonnen, sich auf eine entscheidende Konfrontation vorzubereiten.

Diese Konfrontation erfolgte dann am 12. Februar 1934 in Linz, als das Bundesheer zu einer Waffensuche im Parteihauptquartier im Hotel Schiff überging. Einen Tag davor hatte der Linzer Schutzbundführer und Parteisekretär in einem Brief an Otto Bauer geschrieben: „Sollte es zu einer Waffensuche oder zu Verhaftungen kommen, dann wird geschossen, dann wird gekämpft.“ Genau das passierte. Der Parteivorstand in Wien hatte, wie nicht anders zu erwarten, kopflos reagiert. Es gab eine Notstandssitzung und letzten Endes entschloss Otto Bauer sich mehr oder minder widerwillig, die Anweisung zum Generalstreik zu geben. Zu diesem Zeitpunkt war die Sache im Prinzip aber schon gelaufen. Durch die defensive Politik der Sozialdemokratie war es zum Beispiel nicht möglich, die Eisenbahner zu einem Generalstreik zu bewegen. Dementsprechend war also der bewaffnete Widerstand, der am 12. Februar begonnen hatte, fragmentiert auf ganz Österreich verteilt. Die vorhandenen Defensivpläne konnten nicht umgesetzt werden, aber – und das ist der entscheidende Punkt – es war das erste Mal in Europa, dass sich relevante Teile einer Arbeiter*innenklasse bewaffnet gegen den Faschismus erhoben hatten.

Das Heldenhafte an diesem Kampf war nicht nur, dass er in einer Situation

geführt wurde, die andere vielleicht als aussichtslos gesehen hätten, sondern dass er tatsächlich mit der Perspektive geführt wurde, gewinnen zu können und vielleicht doch im Stande zu sein, die passiven Teile der Partei und des Schutzbundes irgendwie mitzureißen. Das ist gescheitert und bereits am 14. Februar gab es die ersten Standgerichtsurteile.

Zoé: Das Bündnis **12. Februar** fordert, dass der **12. Februar** ein gesetzlicher Feiertag wird, um u. a. die Geschichte österreichischer antifaschistischer Kämpfe in den öffentlichen Diskurs zu bringen. Aber wieso ist die Geschichte des Widerstands gegen das austrofaschistische Regime im heutigen öffentlichen Diskurs eigentlich nicht zu finden?

Anna: Das offizielle Österreich hat nie ein antifaschistisches Bewusstsein und eine antifaschistische Erinnerungskultur entwickelt. Es gab immer diese Großkoalition zwischen ÖVP und SPÖ und damit einhergehend eine großkoalitionäre Erinnerungskultur, in der der Austrofaschismus ein Tabuthema darstellt. Die Parteien haben sich auf eine geteilte Schuld geeinigt. Es ist nicht thematisiert worden, dass es eine faschistische Diktatur war, die von der Vaterländischen Front und von Dollfuß errichtet wurde. Es ist auch nie thematisiert worden, dass in der Zweiten Republik viele Bundeskanzler der ÖVP vor dem Krieg Mitglieder der Vaterländischen Front gewesen waren. Stattdessen einigte man sich auf Begriffe wie „geteilte Schuld“ oder „Ständestaat“. Das

diente dazu, in den Hintergrund zu rücken, dass Österreich bereits vor 1938 faschistisch regiert wurde. Auch dadurch wurde der Opfermythos ermöglicht. Deswegen finden wir es so wichtig, dass ein Bewusstsein für die österreichische Spielart des Faschismus geschaffen wird und es einen Tag gibt, der darauf hinweist, dass Widerstand geleistet wurde.

Kurt: Es wird immer erzählt: 1945 haben wir wieder neu begonnen. Man bezieht sich dann immer auf den ‚Geist der Lagerstraße‘, weil im Konzentrationslager die Sozialdemokraten und die Christlich-Sozialen ja gemeinsam gesessen sind und sich geschworen haben: „Nie wieder Faschismus“. Dieser ‚Geist der Lagerstraße‘ ist eine der perfidesten und zynischsten Lügen. Denn was passierte 1938? Eine faschistische Bande hat der anderen faschistischen Bande eine in die Gosch'n gehaut. Der Austrofaschismus hatte halt das Pech, einem Konkurrenz-Faschismus zu unterlegen, der brutaler und durchschlagskräftiger war. Aber Faschist bleibt Faschist, auch wenn er von einem anderen Faschisten ins Lager gesteckt wird.

Zoé: Sozialdemokrat*innen nehmen dieses Jahr an eurer Demonstration teil. Zuvor sträubten sie sich ja immer wieder, an Gedenkveranstaltungen anderer Organisationen teilzunehmen. Warum hatte oder hat die Sozialdemokratie eine ambivalente Beziehung zu Gedenkveranstaltungen, die von linken Gruppierungen organisiert werden?

¹ Das Urteil im Schattendorfer Prozess führte im Juli 1927 zu Massendemonstrationen und Streiks in Wien und schließlich zum Justizpalastbrand.



Kurt: Generell ist die Sozialdemokratie wahn-sinnig gut darin, traurig zu sein. Dinge zu betrauern, das können sie. Die Sozialdemokratie hat nach 1945 alles getan, um den Februar 1934 als Teil ihrer Geschichte zu besetzen, was aber nur marginal stimmt. Das war auch einer der Gründe, warum sich das Bündnis formiert hat und es im vorigen Jahr zum ersten Mal eine breitere Demonstration gab. Damals noch ohne Beteiligung von Sozialdemokrat*innen, zumindest in organisierter Form. Der 12. Februar gehört aber nicht der Sozialdemokratie. Der 12. Februar gehört der österreichischen Arbeiter*innenklasse und allen, die in dieser Tradition stehen. Es war ein Kampf von Arbeiter*innen gegen den Faschismus. Die Schutzbündler*innen, die damals kämpften, hatten nicht primär gekämpft, weil sie Sozialdemokrat*innen waren. Sie kämpften, weil sie ihre Klasseninteressen verteidigen mussten. Es war ein Kampf zwischen zwei tödlich verfeindeten Klassen. Das ist der Grund, warum sich die Sozialdemokratie in der Erinnerungskultur so schwer tut und warum es für sie leichter ist, der Opfer zu gedenken und über die Gefallenen zu weinen, was ja auch völlig legitim ist. Das, was wir aber als Gedenkkultur verstehen, ist das Gedenken an den Kampf, den Aufstand und die Bereitschaft, sich zur Wehr zu setzen. Was wir betrauern, das sind die Toten und dass der Kampf nicht im Stande war, den Faschismus niederzuwerfen und eine neue Gesellschaft aufzubauen. Es gibt unterschiedliche Zugänge, aber es ergibt sich die Notwendigkeit, dass alle Organisationen sich auf diese Tradition berufen und einen gemeinsamen Weg finden, um daran zu erinnern.

Zoé: In eurer Pressemitteilung schreibt ihr „Gedenken heißt kämpfen!“. Könnt ihr das ein wenig erklären und warum ist das Gedenken an frühere antifaschistische Kämpfe für aktuelle Kämpfe noch immer so wichtig?

Anna: Naja, weil der Kampf gegen diese faschistischen Tendenzen nicht vorbei ist. Sie sind in der Gesellschaft allgegenwärtig. Es gibt immer noch zwei Klassen: die besitzende Klasse und die arbeitende Klasse. Es ist zwar nicht mehr so aufgeteilt, dass die einen in der Fabrik arbeiten und die anderen die Fabrik besitzen, aber es gibt die, die arbeiten und die, die davon profitieren. Es gibt diese Klassengegensätze und es ist nach wie vor wichtig, dass die arbeitende Klasse ihre eigenen Interessen erkennt und diese auch um- und durchsetzen kann. Deswegen finden wir, dass eine positive Bewertung von Widerstand oder Aufstand durchaus gesellschaftlich wertvoll ist, gerade wenn man sich anschaut, wie dieses Wirtschaftssystem dabei ist, unsere Lebensgrundlage zu zerstören. Es sollte als etwas Positives bewertet werden, wenn sich Leute gegen dieses System zur Wehr setzen. Damit ich dann nicht diskutieren muss, ob es ein Verbrechen ist, wenn sich irgendwelche Kids auf die Straße kleben. Wir sehen es auch als einen Kampf an, für diesen Feiertag einzutreten und dafür zu kämpfen, dass eine Neubewertung dieser Erinnerungskultur gesellschaftlich durchgesetzt wird.

Zoé Hübl



Unter diesem Link könnt ihr die Petition zur Erklärung des 12. Februar zum gesetzlichen Feiertag unterzeichnen: <https://www.buendnis1202.at>

OVER THE PAST FEW MONTHS, YOU'VE PROBABLY SEEN NEWS LIKE THIS :

ACTIVISTS THROW ORANGE PAINT ON BUILDINGS.

ACTIVISTS GLUE THEMSELVES TO CARS

ACTIVISTS BLOCK THE ROADS FOR THE CLIMATE.

FOR THE PLANET

THE REACTIONS OF THE PUBLIC HAVE BEEN VERY DIVIDED, REGARDING THESE ACTIONS.

STATING THAT THE AUDIENCE WILL DISAPPROVE OF SUCH ACTIONS AND THEREFORE BE LESS LIKELY TO SUPPORT THE ENVIRONMENTAL MOVEMENT.

BUT IS THIS REALLY THE CASE?

CLASSIC ACTIONS, SUCH AS FRAMED DEMONSTRATIONS, HAVE INDEED BETTER PRESS THAN RADICAL ACTIONS.

WHERE THESE POLEMICAL ACTIONS, ARE VERY EFFECTIVE IN GETTING MEDIA COVERAGE!¹

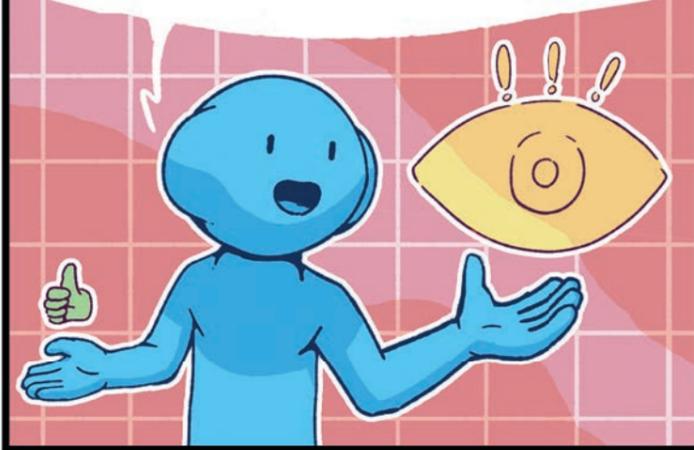
ACTIVISTS THREW SOUP ON A PAINTING!

BREAKING NEWS

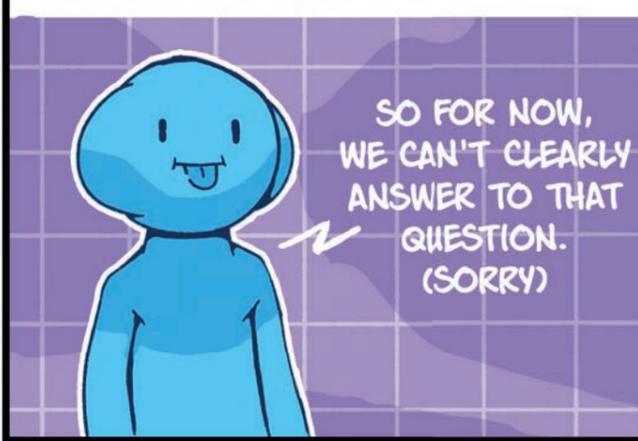
BUT THEY ALSO FIND IT VERY DIFFICULT TO EXIST IN THE MEDIA.

¹ The activist's dilemma: Extreme protest actions reduce popular support for social movements Feinberg et al. (2020)

THE QUESTION IS THUS TO KNOW IF THE LITTLE SYMPATHY THAT GENERATES THESE RADICAL ACTIONS, IS COUNTER-BALANCED BY THEIR HIGH VISIBILITY.



BUT THE ONLY THING THE SCIENTIFIC LITERATURE TELLS US, IS THAT THESE ACTIONS CAN GENERATE SOME SUPPORT²(BUT ALSO DISAPPROVAL¹).

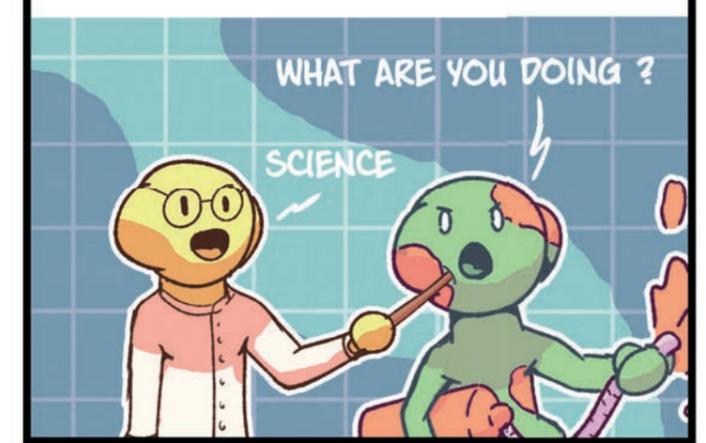


IN SHORT, RADICAL ACTIONS, DESPITE THEIR TENDENCY TO DIVIDE PUBLIC OPINION, ARE NOT TO BE DISCARDED. ESPECIALLY AT A TIME WHEN IT IS INCREASINGLY DIFFICULT TO FOCUS THE PUBLIC'S OPINION ON THESE KIND OF ISSUES.

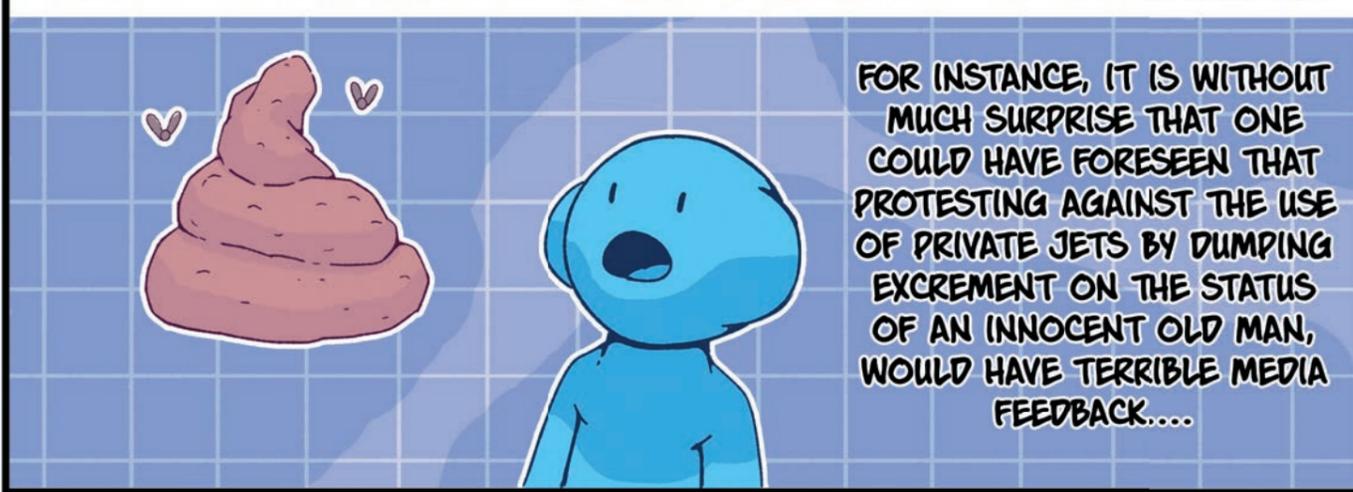
BUT TO MAKE THE BEST USE OF THEM, IT IS NECESSARY TO REMAIN AWARE OF THEIR LIMITS AND ADVANTAGES IN ORDER TO KNOW WHERE AND WHEN THEY ARE RELEVANT.



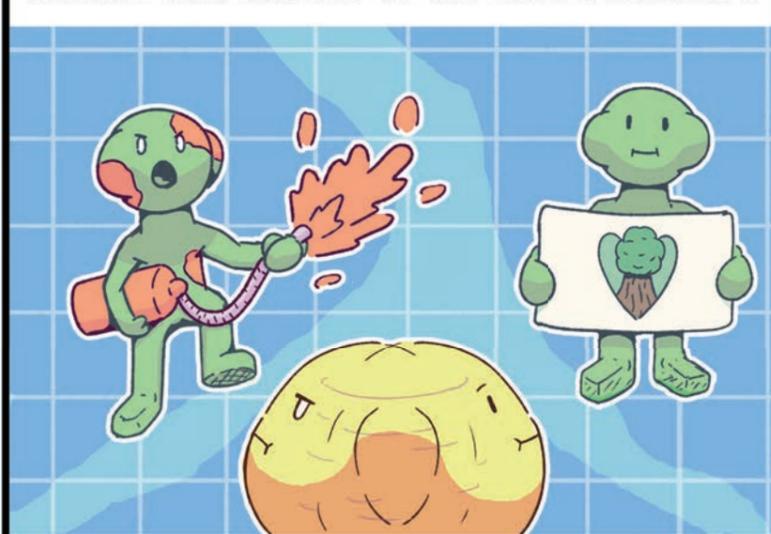
HOPEFULLY, RESEARCH WILL CLARIFY THE GREY AREAS REGARDING THE EFFECTS OF THESE FORMS OF ACTION.



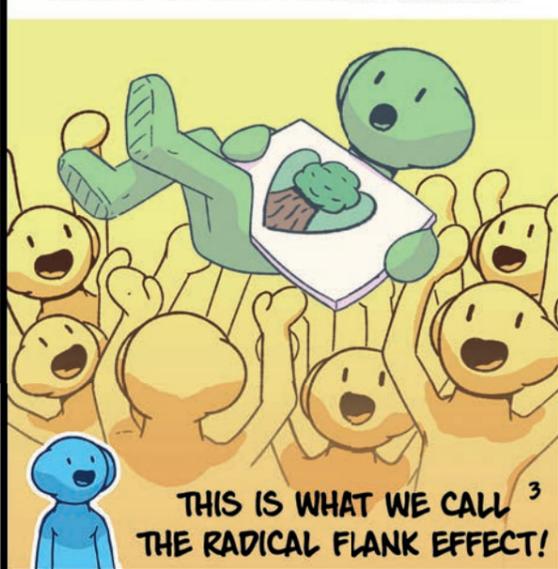
NEVERTHELESS, IT'S NOT FOOLISH TO ASSUME THAT THE SUPPORT GENERATED BY A RADICAL ACTION WILL DEPEND ON THE AUDIENCE REACHED AND THE SYMBOLS ATTACKED.



MOREOVER, BY PASSING FOR RADICAL, THE GROUP THAT COMMITS THE ACTION WILL GIVE BY COMPARISON A MORE REASONABLE IMAGE TO MODERATE GROUPS THAT BELONG TO THE SAME MOVEMENT.



THIS MAKING IT EASIER FOR MODERATES TO HAVE THEIR IDEAS HEARD IN THE PUBLIC DEBATE.



FINALLY, I WOULD LIKE TO CONCLUDE BY REMINDING YOU THAT RADICAL ACTIONS ARE NOT ONLY MEANT TO MAKE A PUNCHY COMMUNICATION.

SOMETIMES THE OBJECTIVE CAN ALSO BE TO PUT PRESSURE ON POLITICAL AND ECONOMIC DECISION MAKERS...

...TO STOP PROJECTS...

...OR TO ALLOW NON-VIOLENT ACTION TO TAKE PLACE WITHOUT FEAR.



² The Radical Flank Effect of Just Stop Oil, Sociale Change Lab. (2022)

³ Radical flanks of social movements can increase support for moderate factions, Simpson et al. (2022)

AUSBLICK

Liebe Leser:innen!

Wir hoffen, diese Ausgabe hat einige spannende Einblicke geboten. Wenn auch du Lust hast, einen Text zu schreiben oder Fotos und Illustrationen beizusteuern, melde dich unter zeitgenossin@oeh.univie.ac.at mit deiner Idee.

Die nächste Ausgabe mit dem Schwerpunkt ÖH-Wahl 2023 wird im April erscheinen. Weitere Informationen findest du auf unserer Website und auf Social Media.

Solidarische Grüße
zeitgenossin

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN
Hochschüler_innenschaft an der Universität Wien
Unicampus AAKH, Hof 1, Spitalgasse 2-4, 1090 Wien;
Tel. 0043 (0)1 4277 19501

REDAKTION
Nadja Etinski, Mara Mittermayr, Paulina Neyer, Leonie Pürmayr, Noah Schermann

AUTOR_INNEN DIESER AUSGABE
Chris Empe, Nadja Etinski, Felix Leodolter, Nina Gadermaier, Juan Gerez, Emma Heppner, Zoé Hübl, Elu Kainz, Phili Kaufmann, Emma Neuner, prozess.report, Leonie Pürmayr, Lea Rizzi Ladinse, Konstantin Schinagl, Marijan Schreckeis, Alina Siemering, Felicia Steininger, Edgar Subak

SATZ & LAYOUT
Rosa Spitzer

LEKTORAT
Karin Lederer, Birgitt Wagner

Cover
Margaretha Briksi

ILLUSTRATIONEN
Margaretha Briksi, Anika Leodolter, Thomas Martin

COMIC
Thomas Martin Mennetrier

FOTOS
Phili Kaufmann

ANZEIGEN
Wirtschaftsreferat ÖH Uni Wien
inserate@oeh.univie.ac.at

DRUCK
Wilhelm Bzoch GmbH, Wienerstraße 20, 2104 Spillern

ERSCHEINUNGSDATUM
März 2023



Buchhandlung und Online-Shop
E-Mail-Bestellung
buchhandlung@chicklit.at

Aktuelle Öffnungszeiten unter
www.chicklit.at

Geschichte passiert nicht einfach. Menschen machen Geschichte.

Wir vom Geschichtsblog wasbishergeschah rücken ihr Leben in den Mittelpunkt:

Wer bestieg den Kilimandscharo mit einer Badewanne?

Wie haben Frauen Österreichs Rüstungsindustrie lahmgelegt?

Wieso hat Biertrinken Gletscher zerstört?

Und was hat das mit dir zu tun?

Die Antworten findest du bei uns. Wissenschaftlich fundiert und kurzweilig.

Folge uns auf Instagram, Tik Tok, Facebook und Twitter oder besuche unseren Blog.

Du willst mehr erfahren? Dann Scan den QR-Code.



124 positive Bescheide

PRIDE & LOVE

durch den Support der Queer Base 2022

unterstützt unsere Arbeit mit eurer Spende

Queer Base
Welcome and Support for LGBTIQ Refugees

friends.queerbase.at/spenden





Dieses Exemplar geht an:

ÖH Wahl 2023

09.-11. Mai